Ehrendes Gedenken, Warnung vor Antiziganismus und Würdigung von Walter Krämer

Buchenwald: Hunderte erinnerten an Selbstbefreiung

Auf Einladung des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos erinnerten am 17. April 2011 mehrere Hundert Menschen aus allen Teilen der Bundesrepublik und aus dem europäischen Ausland auf dem Ettersberg bei Weimar an den 66. Jahrestag der Selbstbefreiung des Lagers.

In diesem Jahr standen zwei Themen im Zentrum des Gedenkens. Bertrand Herz erinnerte in seiner Eröffnungsrede an den faschistischen Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 und an die heroischen Leistungen der sowjetischen Menschen, die unter großen Opfern der Okkupation widerstanden hatten. Herz wörtlich: »Das Internationale Komitee erweist den Kämpfen der Roten Armee die Ehre, ihrem Sieg bei Stalingrad und ihrer ganz entscheidenden Beteiligung an der Zerschlagung des Nazismus.«

Romani Rose erinnerte anschließend an die Vernichtung der Sinti und Roma. Er verwies dabei auf die Widersprüchlichkeit des Umgangs mit dem Verfolgungsschicksal seiner Volksgruppe. Einerseits sei es eine Anerkennung, dass in diesem Jahr der niederländische Sinto Zoni Weisz anlässlich der Feierstunde zum 27. Januar im deutschen Bundestag die Gedenkrede halten konnte, andererseits erlebe man in verschiedenen Teilen Europas und in Deutschland selber zunehmende Ausgrenzungen und Gewalt gegen Sinti und Roma. »In vielen europäischen Staaten gehören Sinti und Roma zu bevorzugten Zielgruppen rassistisch motivierter Gewaltakte. Selbst Vertreter bürgerlicher Parteien scheuen in manchen Ländern nicht davor zurück, sich in populistischer Manier aus dem Arsenal tief verwurzelter antiziganistischer Klischees und Zerrbilder zu bedienen, um auf Stimmenfang zu gehen«, beklagte Romani Rose. Er forderte daher von den Politikern die Ächtung rassistischer, antiziganistischer und antisemitischer Hetze und Gewalt. »Dies ist die Lehre, für die Buchenwald und all die anderen Stätten des nazistischen Terrors stehen.«

In einer persönlichen Bemerkung leitete Romani Rose zu einem weiteren wichtigen Gedenken an diesem Tag über. Er würdigte den kommunistischen Buchenwald-Häftling Walter Krämer, der als autodidaktischer Arzt zahlreichen Mithäftlingen geholfen hat und deshalb von Yad Vashem als »Gerechter unter den Völkern« gewürdigt wurde. Rose rief die Stadt Siegen auf, diesem Humanisten auch in seiner Heimatstadt endlich eine Würdigung zuteil werden zu lassen, so wie es die VVN-BdA der Stadt seit langem und sehr engagiert verlangt.

In der Gedenkstätte Buchenwald selber wurde an diesem Tag auf Initiative der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora im Krematorium eine Gedenktafel für Walter Krämer enthüllt. Etwa 80 Antifaschisten aus der Region Siegen hatten aus diesem Anlass mit der VVN-BdA und dem DGB an der Befreiungsfeier in Buchenwald teilgenommen.

Ulrich Schneider

In Hamburg-Ohlsdorf beigesetzt

Fritz Bringmann im März verstorben

Bei der Trauerfeier für Fritz Bringmann am 7. April war die Kapelle 13 auf dem Hamburg-Ohlsdorfer Friedhof bis auf den letzten Platz besetzt. Einige Leute mussten draußen stehen. Die Trauerrede hielt Detlef Garbe von der Gedenkstätte KZ Neuengamme.



Fritz Bringmann starb im Alter von 93 Jahren am 30. März. Er hatte sich in jungen Jahren der KPD angeschlossen und ging 1933 in den Widerstand. Im Alter von erst 17 Jahren wurde er 1935 von der Gestapo verhaftet. Den gesamten Rest der Nazizeit verbrachte er hinter Gittern, zuletzt in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Neuengamme. Nach 1945 engagierte er sich in der VVN und in der Arbeitsgemeinschaft Neuengamme. Von 1956 bis 1965 leitete er das Ferienheim »Heideruh« für ehemals Verfolgte bei Buchholz (Kreis Harburg). Von 1970 bis 1995 war er Generalsekretär der Amicale Internationale KZ Neuengamme. Auch danach setzte er sich vehement für die Schließung und Beseitigung der beiden Gefängnisse auf dem Gelände des KZ Neuengamme ein. Ohne seine Beharrlichkeit wäre das letzte Gefängnis 2007 wahrscheinlich noch nicht verschwunden. Jetzt ist das gesamte Gelände ein Museum und ein Ort zum Studieren und Gedenken.

hjm

Lernen macht auch Erwachsenen Spaß

Rundum gelungenes Einsteigerseminar

Vom 4. bis 6. März fand in Heideruh das Einsteigerseminar der VVN-BdA statt. Die Veranstaltung war lehrreich und spannend – und das nicht nur für die Teilnehmer/innen.

Am Freitag den 4. März trafen sich 12 interessierte Menschen in der Erholungsstätte Heideruh zum Einsteigerseminar, das sich an Neumitglieder der VVN-BdA richtete und an Menschen, die es werden möchten. Die VVN-BdA hat eine lange Geschichte und es gab im Laufe der Zeit viele Veränderungen. So war es nicht verwunderlich, dass die Erwartungen vielfältig waren.

Doch nicht nur für die Teilnehmer war es ein Einsteigerseminar - auch für die vier Teamer. Denn die VVN hat gerade mit einer neuen Bildungsoffensive begonnen. Daher war es das erste Seminar dieser Art, das durchgeführt wurde.

Dementsprechend »hochkarätig« war die Besetzung. Zum Team gehörten Hartmut Büchsel, der Landesvorsitzende des Landesverbands Schleswig-Holstein genauso, wie das Mitglied der Bundesbildungskommission Theresa Wolf. Auch der Bundesgeschäftsführer Thomas Wilms hatte es sich nicht nehmen lassen und informierte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Den Anfang machte am Freitagabend jedoch Jürgen Gechter , einer der VVN-BdA Bundessprecher und für den Aufgabenbereich Bildung im SprecherInnenkreis zuständig. Er machte deutlich, wie wichtig der VVN die Bildungsarbeit ist. Danach war mit Hilfe eines lustigen Spieles das bessere Kennenlernen angesagt, bevor es in die Freizeit ging.

In gemütlicher Runde wurde viel erzählt und diskutiert. Hierbei stellte sich heraus, dass viele der Anwesenden mit den gleichen Problemen zu kämpfen haben. Eines kristallisierte sich schnell heraus: Viele Mitglieder der VVN-BdA

(Fortsetzung auf Seite 2)

Bundesweit zahlreiche aktuelle Ausstellungstermine

»Neofaschismus in Deutschland«

Die neue Ausstellung der VVN-BdA informiert auf 26 Tafeln über Ideologie und Praxis des Neofaschismus. Sie benennt Ursachen für rassistisches, nationalistisches und militaristisches Denken und Handeln. Initiativen, Vereine, Schulen u.a. können sie unentgeltlich buchen, leihen und nutzen.

Neofaschismus in Deutschland
AUSSTELLUNG

FRANKENBERG
bis 13. Mai
Gymnasium Frankenberg

SCHLESWIG
6. bis 13. Mai
Berufsbildungszentrum Schleswig (Pausenhalle im Altbau)
Veranstalter: ver.di-Jugend S-H Nordost mit BBZ Schleswig

NÜRNBERG
8. bis 15. Mai
Gewerkschaftshaus
Veranstalter: ver.di Mittelfranken, VVN-BdA Nürnberg

MÜHLHAUSEN/THÜRINGEN
10. bis 31. Mai
Geschwister-Scholl-Heim
Veranstalter: Thüringer VdN-BdA

HAMBURG-EIDELSTEDT
9. bis 31. Mai
Bürgerhaus Eidelstedt
Alte Elbgaustraße 12

BRATISLAVA (SK)
16. bis 21. Mai
Präsentation auf der Konferenz »UNITED«: Creative Action Towards Social Change

SÜDERBARUP
17. bis 27. Mai
Schule am Thorsberger Moor, Gemeinschaftsschule Süderbrarup

KÖLN
30. Mai bis 9. Juni
Mensa des Studentenwerkes Köln , Zülpicher Str. 70
Präsentation im Rahmen des Festivals »Contre le Racisme«
Veranstalter: ASTA der Universität Köln

GERA
1. bis 15. Juni
Ev. Jugendhaus Shalom, Berliner Str. 208

MAINZ
9. bis 15. Juni
Festival Open Ohr
Veranstalter: VVN-BdA Mainz

DORTMUND
24. bis 26. Juni
Revierpark Wischlingen
Präsentation im Rahmen des diesjährigen Pressefestes der UZ. Veranstalter: VVN-BdA NRW

Nähere Infos (Öffnungszeiten, Eröffnungen, Veranstalter), weitere Termine und Buchung der Ausstellung unter www.neofa-ausstellung.vvn-bda.de

Lernen macht auch Erwachsenen Spaß

(Fortsetzung von Seite 1)

bedauern, dass es nur relativ wenig aktive Mitstreiterinnen und Mitstreiter gibt. So manche Aktive haben mit der Arbeitsbelastung zu kämpfen. Auch das Gefühl der Verlorenheit in einer immer kälter werdenden Gesellschaft wurde geäußert. Auch ein zweites Problem wurde deutlich: Die meisten Aktiven sind bereits relativ betagt. Der VVN fehlt vielerorts der Nachwuchs. Umso erfreulicher waren die Erzählungen der VVN-Mitglieder aus Rostock. Die haben eine VVN-Jugendgruppe gegründet und einige neue Mitglieder gewinnen können.

Schwur von Buchenwald und wir heute

Im Laufe des Wochenendes lernten die Interessierten viel über die Geschichte der VVN. Dreh- und Angelpunkt war jedoch der Schwur von Buchenwald und seine Bedeutung in der Geschichte der VVN, der am Samstag behandelt wurde. Dabei wurde dieses Dokument der Zeitgeschichte auch durchaus kritisch betrachtet. Für wohl alle Teilnehmer schien es immens wichtig zu sein die Verbindung zwischen dem Schwur vom 19. April 1945 und der Gegenwart herzustellen. Doch auch andere wichtige geschichtliche Aspekte wurden anhand eines Zeitstrahls betrachtet. Und immer wieder stellte sich heraus: Die VVN hat nicht nur eine Daseinsberechtigung sondern hatte und hat eine immens wichtige Aufgabe. Auch heutige politische Themen zeigen immer wieder auf, dass der Schwur von Buchenwald noch nicht erfüllt ist.

Besonders deutlich wurde dies am Sonntag morgen, als die Arbeitsgruppen ihre Ergebnisse vortrugen, die sie am Samstag erarbeitet hatten. Es wurde erinnert: Am 19. April 1945 kamen im befreiten Konzentrationslager Buchenwald 21 000 Männer und Knaben zu einer Trauerkundgebung zusammen und legten den Schwur von Buchenwald ab, der in französischer, russischer, polnischer, englischer und deutscher Sprache vorgetragen wurde: »Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens: Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.« Diesem hehren Ziel haben sich die Mitglieder der VVN-BdA verschrieben - ein langwieriges und mühseliges Engagement.

Die Arbeitsgruppen hatten sich mit tagespolitischen Themen befasst, die ihnen von den Teamern vorgegeben waren. Und sie kamen alle zu genau diesem Ergebnis. Umso wichtiger erscheint die Bildungsoffensive der VVN-BdA. Denn nur mit dem notwendigen Rüstzeug können engagierte Menschen etwas erreichen.

Das haben die Teamer den Teilnehmern mitgegeben. Allein schon deshalb war das erste Einsteigerseminar der VVN-BdA eine gelungene Veranstaltung. Doch auch die neuen Bekanntschaften gaben den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Auftrieb. Denn im heimatlichen Kreisverband sind es oft nur sehr wenige, die sich aktiv engagieren. Da ist Vernetzung sehr hilfreich. Dennoch gab es auch Kritik. So wurde der Wunsch geäußert, dass es noch zusätzliche Seminare geben sollte, die sich mit der VVN-BdA, ihrem Aufbau, ihrem Standing in der Gesellschaft und ihrer Politik, aber auch mit ihren weitergehenden Zielen beschäftigen. Denn allzu oft sehen sich neue Mitglieder mit Thesen konfrontiert, die Zweifel wecken. Das kann die größte Motivation zunichte machen. Ein weiterer Punkt waren fehlende Handouts, damit das Gelernte immer wieder nachgeschaut werden kann. Dies soll jetzt anhand eines Fotoprotokolls, das die Teamer angelegt haben, nachgeholt werden.

Trotz dieser Kritikpunkte war es ein rundum gelungenes Einsteigerseminar.

Thomas Repp
VVN-BdA Schleswig-Holstein

Breites Bündnis gegen rechten Opferkult

Plauen wehrt sich gegen »Gedenken« der Nazis

Eine Neonazigruppierung namens Revolutionäre Nationale Jugend Vogtland (RNJ) führte am 16. April einen »Trauermarsch« anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Plauens 1945 durch. Unter Regie des DGB Vogtland-Zwickau fand sich rechtzeitig vorher ein breites Bündnis unter dem Namen »Nazifrei in Plauen« zusammen, um diesen Missbrauch der Geschichte zu verhindern.



750 Bürgerinnen und Bürger forderten: Plauen soll nazifrei sein.

Am Sonnabend, 16. April 2011, fanden sich, dem Aufruf des Bündnisses »Nazifrei in Plauen« folgend, etwa 750 Menschen aus der Stadt und dem gesamten Vogtland in Plauen ein, um dem braunen Spuk ein deutliches Zeichen entgegen zu setzen. Zwei Marschkolonnen bewegten sich auf den Plauener Albertplatz zu. Vor einem breiten Transparent mit der Aufschrift »Wir machen heute sauber – der braune Dreck muss weg!« kehrten Verdi-Frauen symbolisch die August-Bebel-Straße, während vom Postplatz ein beeindruckender Demonstrationszug die Bahnhofstraße herauf kam. An der Spitze gab es Transparente »Bunt statt braun!« und des Bündnisses »Nazifrei in Plauen«, getragen von Sprechern des Bündnisses und Bundes- und Landtagsabgeordneten mehrerer Parteien.

Nur die CDU machte nicht mit beim Protest

Die etwa zweistündige Kundgebung wurde eingeleitet durch das Geläut der Kirchenglocken der ganzen Stadt und ein Friedensgebet, vorgetragen von Christen mehrerer Kirchen und Religionsgemeinschaften Plauens.

Der Oberbürgermeister Plauens, Ralf Oberdorfer, erinnerte daran, dass zuerst Bomben auf Rotterdam, Coventry und andere europäische Städte fielen, bevor die von Deutschland ausgelöste Kriegsfurie auf ihr Herkunftsland zurückfiel. Plauen war eine Hochburg der deutschen Faschisten. Das möge sich nie, nie wiederholen.

Der Superintendent Michael Bartsch sagte, dass das Wissen um die Rolle der Kirche in der Vergangenheit ihn dränge, nicht zu schweigen. Das Gebot der christlichen Nächstenliebe schließe Verantwortung für den Nächsten, den Anderen ein.

Der Vertreter des Bündnisses »Nazifrei in Plauen«, Constantin Eckner, begrüßte die zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer, unter ihnen auch Menschen aus Oberfranken und Ostthüringen, und kritisierte die Plauener CDU, die sich dem breiten Bündnis mit Hinweis auf Linksextremisten verweigert hatte. Er sagte: »Kein ziviles Opfer, das zwischen 1939 und 1945 im Krieg starb, kein junger Mann, der als Soldat auf die Schlachtfelder ziehen musste und niemals heimkehrte, kein in Konzentrationslager oder Gulag Deportierter hat es verdient, dass das Gedenken an den größten Krieg der Menschheitsgeschichte für antidemokratisch-ideologische Zwecke wie jene der RNJ instrumentalisiert wird.«

Auch die Bundesvorsitzende der Partei DIE LINKE, Dr. Gesine Lötzsch, die für die Demonstration aus Berlin gekommen war, fand klare Worte. Sie nannte die Rechtsextremisten beim rechten Namen: Faschisten. Und sie forderte, die V-Leute aus der NPD und anderen rechtsextremen Parteien abzuziehen und endlich die NPD als die profilierteste Rechtspartei zu verbieten. Der Liedermacher Uwe X kommentierte mit selbst gedichteten Texten die Reden der Politiker

Gesine Lötzsch: V-Leute abziehen, NPD verbieten

und fragte die Partei mit dem C im Namen: »Warum macht Ihr nicht, was Jesus sagt?«

Ab dem frühen Mittag sammelten sich 120 Neonazis am Oberen Bahnhof. Ein Großteil der angereisten Neonazis stammte aus der Region, aber auch aus Franken, Ostthüringen und Westsachsen. Zwei Redner sprachen von »Bombenholocaust«, dem wahren Feind Deutschlands, den USA. Die Glorifizierung deutscher Opfer und deren angebliche Unschuld sollte wohl so bewiesen werden. Alte und neue Feindbilder wurden beschworen. Das tägliche Grauen, welches die Deutschen bis Mai 1945 über die Völker Europas brachten, fand keinerlei Berücksichtigung in ihren Brandreden. Nach einer Schweigeminute zogen die vorwiegend dunkel gekleideten Geschichtsfälscher zurück Richtung Oberer Bahnhof.

Während des zwei Stunden dauernden Aufmarsches wurden die Faschisten ständig vom Protest der Demokraten begleitet. Im Hinblick auf das nächste Jahr lässt sich aus heutiger Sicht noch nicht sagen, ob die Neonazis neben dem seit Jahren im Vogtland stattfindenden »Rudolf-Heß-Gedenkturnier« einen weiteren festen Termin in der Region installieren wollen. Das hängt auch von uns ab und wie wir mit Opferkult und der Vereinnahmung öffentlichen Raumes durch die Neonazis umgehen. Einen Mobilisierungserfolg hatten die Neonazis nicht. Erwartet wurden etwa 300 Faschisten.

In einer ersten Auswertung des Bündnisses »Nazifrei in Plauen« wurden die Aktionen des Bürgerbündnisses als erfolgreich gewertet. Sehr kritisch wurde der Einsatz der Polizei gewertet, wozu es zahlreiche Berichte von Betroffenen ungerechtfertigter Willkür gab. Einig waren sich alle Bündnismitglieder, ihre gemeinsame Arbeit fortzusetzen, die Aufklärungsarbeit und Mobilisierung der Bevölkerung zu verbessern und im Kontakt und Erfahrungsaustausch mit anderen Anti-Nazi-Bündnissen dafür zu sorgen, dass Plauen nazifrei bleibt.

Peter Giersich/Peter Geyer

V.i.S.d.P.: Peter Giersich
Redaktion: Landesvorstand Sachsen
Zuschriften bitte an
VVN-BdA Sachsen
Wettiner Platz 10
01067 Dresden
E-Mail: vvn-bda-sachsen@t-online.de

Warum musste Shambu Lama sterben?

Solidarität mit Flüchtlingen aus Meinersen bei Gifhorn

Es ist unmöglich, in einem einzigen Artikel die Tatsachen zu diesem wieder einmal für die bundesrepublikanische Wirklichkeit typischen Umgang mit Flüchtlingen darzustellen.

Die Flüchtlinge leben total isoliert in einem Gewerbegebiet. Nachbarn gibt es nicht.

Erstens: Flüchtlinge wehren sich

Am 3. Juli 2010 fand die erste öffentliche Aktion zu den Zuständen in der Asylbewerberunterkunft Meinersen statt (siehe auch unter http://thecaravan.org/node/2663). Wir sind als VVN-BdA an der Seite der Flüchtlinge, die ihre Verzweiflung in einem offenen Brief darstellen: »…wir legen erneut eine Liste von Gründen vor, warum wir die Schließung des Asylbewerberwohnheims Wiesenweg 23 fordern und unser Recht auf Menschenwürde einfordern. Wir haben kein Privatleben. Es macht uns krank, depressiv und aggressiv. Wir können so nicht weiterleben und auch nicht unsere Kinder. 5 qm pro Person sind zu wenig. 4-6 Person verschiedener Nationalitäten und Religionen teilen sich ein Zimmer. 75 Personen teilen sich ein Badezimmer, eine Küche, eine Toilette. Wir dürfen unsere Post nicht selbst empfangen. Das Postgeheimnis wird nicht gewahrt. Der Heimleiter öffnet unsere Post.«

Zweitens: Solidaritätsresolution

Auf der Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA beschloß die Organisation eine Solidaritätsresolution an die Flüchtlinge. Darin heißt es u.a.:

»Eure mutige erste Demonstration haben wir unterstützt, und wir sagen Euch: Wir werden weiter hinter Euren Forderungen nach Auflösung des Lagers stehen und in unserer Gesellschaft gegen Rassismus und Diskriminierung kämpfen.«

Drittens: Suizid eines Flüchtlings

Am 1. März hat sich der 40-jährige nepalesische Flüchtling Shambu Lama aus Meinersen verzweifelt vor einen Güterzug geworfen, nachdem ihm in der Ausländerbehörde Gifhorn jede Hoffnung auf Abschiebeschutz genommen worden war. Der Niedersächsische Flüchtlingsrat sagt zur Stellungnahme des Innenministeriums:

»Wieder einmal wird von Seiten des Innenministeriums eine Ausländerbehörde ›weißgewaschen‹, deren offensichtliche Verfehlungen im Umgang mit einem Flüchtling offensichtlich sind, welcher aufgrund seiner gelebten Vaterschaft zu einem deutschen Kind nicht abgeschoben werden durfte und sich, durch die Abschiebungsdrohung in die Enge getrieben, schließlich das Leben nahm.« Weiter: »Unsere Hoffnung, das niedersächsische Innenministerium könnte zumindest in diesem Fall seine Rolle als Fachaufsicht ernst nehmen, hat sich aufs Neue nicht erfüllt.«

Die Anwältin Daniela Öndül hat gegen zwei Mitarbeiter der Ausländerbehörde eine Dienstaufsichtsbeschwerde eingeleitet.

Pressekonferenz in Gifhorn: Schluss mit der Rechtlosigkeit

Etwa 60 Frauen, Männer und Kinder, Flüchtlinge aus dem Isolationslager Meinersen und UnterstützerInnen aus Gifhorn und Umgebung, Braunschweig, Hannover und Hamburg versammelten sich am frühen Nachmittag vor dem Kreistagsgebäude. Vor dem Hintergrund des Todes von Shambu Lama und der unverändert negativen und aggressiven Haltung der Behörden hatten die Flüchtlinge aus Meinersen zur Pressekonferenz und zum Protest vor dem Gifhorner Schloss gerufen.

Nurjana Ismailova und Nadine Tannenberg, die Mutter des Kindes von Shambu Lama, berichteten der Presse über die grauenhaften Erfahrungen mit der Ausländerbehörde. Nurjana sagte: »Wir haben es satt, am Ende als Betrüger abgestempelt zu werden. Verurteilte wissen, wann sie entlassen werden, die haben eine bestimmte Zeit, die sie absitzen müssen, doch wir Asylbewerberinnen und Asylbewerber wissen *nicht* wann wir aus diesem System und von der Duldung wegkommen. Mir kommt es vor, als ob ich eine lebenslange Strafe bekommen habe, obwohl ich keine Straftat begangen habe.«

Nadine ergänzte: »Ich stehe hier, weil ich möchte, dass die Wahrheit bekannt wird. Das bin ich meinem Sohn schuldig, und allen, die unter dieser Ausländerbehörde hier in Gifhorn ähnlich leiden müssen, wie Shambu es musste. Ich möchte, dass dieser tragische Selbstmord nicht umsonst war, ich möchte, dass keine weitere Familie einen Angehörigen auf diese tragische Weise verlieren muss, weil er psychisch so unter Druck steht, dass er diesen nicht weiter ertragen kann.«

Mechthild Hartung

Straßenumbenennung in Peine

Albert Sergel dichtete für Adolf Hitler

Die Gruppe Bündnis 90/Grüne-Linke im Peiner Stadtrat hat den Antrag gestellt, die Albert-Sergel-Straße umzubenennen.

Als erster Schritt sollte eine Erklärung über die Nazivergangenheit des Dichters an den Straßenschildern angebracht werden. Die Initiatoren, zu denen der Kreisvorsitzende der VVN-BdA, Peter Baumeister, gehört, stellen fest, dass der 1876 in Peine geborene Schriftsteller bekannte Kinderlieder geschrieben hat. Das ist die eine Seite. Die andere Seite: Schon 1933 präsentierte er den »Hitler-Frühling 1933« und wirkte dadurch »als Verfechter und literarischer Propagandist der NS-Ideologie. Dem Aufbau eines Hitler-Kultes in Hitler-Frühling 1933 ging bereits die Verbreitung gefährlicher, manischnationalistischer und kriegsverherrlichender Gedanken mittels anderer politisch motivierter Gedichte voraus«, wie es im »Braunschweigischen Biographischen Lexikon« steht. Er schreibt Gedichte wie »Heil Hitler« und »Dem Reichsschmied«. Bei »An den Führer« heißt es u.a.:

»Verschwunden ist der Spuk der Nacht – Sieg-Heil! Ganz Deutschland ist erwacht.
Nun führ uns, Führer, weiter!
Und hinter dir dein treues Heer:
S.A. – S.S. – und um sie her
wir alle deine Streiter!«

Die Antragsteller weisen darauf hin, dass eine Umbenennung mit Unannehmlichkeiten verbunden ist. Aber es ist unerlässlich, der NS-Ideologie und ihren Vertretern keinen Raum zu geben.

Ein gutes Beispiel für Umbenennungen ist der Nachbarort Celle, wo der Rat am 10. Februar drei Straßen umbenannt hat, darunter die Agnes-Miegel-Straße. **Peter Baumeister**

Artikel für die *antifa*-Niedersachsen-Seiten bitte bis zum 8. des Monats in geraden Monaten an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de.

VVN-BdA
Landesvereinigung Niedersachsen
Rolandstraße 16, 30161 Hannover,
Tel.: (0511) 331136
Fax: (0511) 3360221
E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de.

Redaktion: Michael Rose-Gille

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o.ä. Eure neue Adresse mit. Danke!

Die Landesvereinigung freut sich über Spenden für ihre Arbeit auf das Konto 7510-307 bei der Postbank Hannover, BLZ 250 100 30.

Bergen-Belsen 2011: Würdiges Gedenken am Mahnmal Hörsten

Erinnerung an den 70. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion

Im Rahmen der Feierlichkeiten zum Jahrestag der Befreiung des faschistischen Konzentrationslagers Bergen–Belsen im April 1945 führte die Landesvereinigung Niedersachsen wieder ihre traditionelle Gedenkveranstaltung am Mahnmal des Gräberfelds des ehemaligen Stalag durch, in dem über 20 000 ehemalige sowjetische Kriegsgefangene ruhen.

Sie kamen vor allem im ersten Winter nach dem Überfall auf die Sowjetunion ums Leben, weil sie von der Wehrmacht dort ohne feste Unterkünfte zusammengetrieben worden waren. Sie wurden das Opfer von Hunger, Kälte, Seuchen, aber auch von gezielten Mordaktionen des Wachpersonals.

Das diesjährige Gedenken stand im Zeichen des 70. Jahrestags des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion. Die Landesvereinigung hatte deshalb als Hauptredner den Vorsitzenden der Bundesvereinigung, Prof. Dr. Heinrich Fink, gewonnen.

23 Mio. Sowjetbürger wurden Opfer des Überfalls

Die Kameradin Mechthild Hartung begrüßte die Anwesenden zunächst namens der VVN-BdA Niedersachsen. Dann verlas sie einen Bericht, in dem ein damals zehnjähriges Mädchen aus der Ukraine den Überfall auf die Sowjetunion und den Verlust des Vaters schildert. Sie war mit 14 Jahren noch als Zwangsarbeiterin aus der Ukraine nach Deutschland verschleppt worden.

Auch Heinrich Fink sprach zunächst über das konkrete Schicksal der eigenen Familie, die im Kriegsverlauf mehrmals Objekt von Umsiedlungs- und Vertreibungsaktionen geworden war. Dann schilderte er mit eindringlichen Worten den Charakter dieses Krieges als Angriffs- und Vernichtungskrieg.

Hartwig Erbe, Vorsitzender der DGB-Region Nord-Ost-Niedersachsen, erinnerte an die Opfer der alliierten Truppen bei der Befreiung Deutschlands und unterstrich, dass es ohne diese Befreiung heute keine freien Gewerkschaften gäbe. Er betonte die Bedeutung des Kampfes gegen alle Erscheinungsformen von Neofaschismus und Rassismus und die gemeinsamen Anstrengungen von DGB und VVN-BdA.

Zum Schluss sprach Alexander Stankevich, Seniorkonsul vom Generalkonsulat der Russischen Föderation in Hamburg. Er erinnerte an die großen Probleme, die die Beziehungen zwischen Deutschland und seinem Land belastet haben. Um die Dimension des faschistischen Vernichtungskriegs zu verdeutlichen, setzte er die Zahl der 23 Millionen Kriegstoten seiner Heimat ins Verhältnis zu den acht Millionen Einwohnern Niedersachsens.



Erinnerte an die Opfer: Der VVN-BdA-Vorsitzende Prof. Heinrich Fink.

Störfeuer aus Celle

Musikalisch umrahmt wurde die Gedenkfeier durch das einfühlsame Akkordeonspiel Victor Bolgovs.

Die Ankündigung von Heinrich Fink als Redner auf dieser Gedenkveranstaltung ließ die Kalten Krieger der Region aufhorchen. Sie gruben die alten, längst gerichtlich widerlegten Geschichten von »IM Heiner« wieder aus. Als Kronzeuge fand sich ein gewisser Wolfgang Engels, der heute noch versucht, von seinem Ruhm als Mauerbrecher mit einem gestohlenen Schützenpanzer zu leben. Er fand ein offenes Ohr beim Lokalredakteur der Celleschen Zeitung, wo er zum Besten gab, er fände es »ein Unding«, dass jemand, der in der Weise »belastet« sei, auf einer solchen Veranstaltung sprechen werde. Er habe vor, dagegen zu demonstrieren, was er denn auch mit einer kümmerlichen Papptafel tat.

Schmerzlich und ärgerlich allerdings ist es, dass es mit dieser Intrige gelungen ist, die Teilnehmer/innen des Internationalen Jugendworkcamps von der Gedenkveranstaltung fernzuhalten. **Reinhold Weismann-Kieser**



DGB-Regionalvorsitzender Hartwig Erbe: »Wir verdanken der Befreiung durch die alliierten Truppen unendlich viel.« Bilder: R. Weismann-Kieser

Solidarität mit Mumia Abu Jamal

Farbe in die Todeszelle tragen

Auf der Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA Niedersachsen im Februar wurde einem Antrag zugestimmt, mit einer Postkarten-Aktion dem Ehrenvorsitzenden der VVN-BdA, Mumia Abu Jamal, die antifaschistische Solidarität auszudrücken. Gleichzeitig wollten wir der Zensurbehörde damit zeigen, dass weltweit beobachtet wird, wie der Prozess weiter verläuft.

Entsprechend Abu Jamals Verlangen nach Farbe in grauer Folterkammer waren bunte Karten mit Adressen und Briefmarken vorbereitet, so dass gleich auf der Konferenz das gleichzeitige gemeinsame Schreiben ein schöner Solidaritätsakt war. **Mechthild Hartung**

Dank für jahrzehntelange Erinnerungsarbeit

Gedenkfeier am Mahnmal Wenzelnberg bei Leichlingen

Schon im Vorfeld der diesjährigen Gedenkveranstaltung für die Gestapo-Opfer vom Frühjahr 1945 in der Wenzelnbergschlucht schossen sich CDU und proNRW auf die Rednerin der VVN-BdA, Gunhild Böth (DIE LINKE), ein. Die Rede der Vizepräsidentin des NRW-Landtages wurde ein Highlight.

Die Landtagsabgeordnete Gunhild Böth eröffnete ihre Rede mit einem Zitat von Elie Wiesel: »Man muss Partei ergreifen. Neutralität hilft dem Unterdrücker, niemals dem Opfer. Stillschweigen bestärkt den Peiniger, niemals dem Gepeinigten.« Sie führte aus: Wenn heute gesagt werde, dass es wichtig sei, die Erinnerung wach zu halten, damit solche Geschehnisse niemals wiederholen, dann sei daran zu erinnern, wie lange es gedauert hat, bis ein Erinnern überhaupt möglich war. »Organisationen wie die VVN-BdA haben keine Ruhe gegeben« und sie hätten und daran erinnert, »dass die Täter sich nach 1945 nicht in Luft aufgelöst hatten; und dass in unserer Gesellschaft staatliche Organisationen weiterhin mit Nazis besetzt waren und neu besetzt wurden.«



Gunhild Böth würdigte die Arbeit der VVN-BdA. Bild: Jochen Vogler

Damit habe sich die VVN-BdA nicht beliebt gemacht, »die gesellschaftliche Ausgrenzung derer, die an die Täter erinnern wollten, funktionierte perfekt in den 50er- und 60er-Jahren«. Sie selbst »konnte zurückgreifen auf die Arbeiten der VVN-BdA«, die auch ihr als Lehrerin mir geholfen haben, »viel tiefer in die deutsche Geschichte einzudringen. Dafür möchte ich mich hier und heute ausdrücklich bedanken.«

Gunhild Böth schloss mit den Worten: »Und deshalb bin ich immer wieder froh, wenn ich viele junge Menschen sehe, die sich gegen die Aufmärsche der Neonazis stellen, die ihre Stimme erheben.« Solche jungen Menschen waren zahlreich auf der Gedenkveranstaltung vertreten. Schüler gestalteten das Programm mit. Leverkusens Bürgermeisterin Eva Lux plädierte für eine »wache Zukunft«, um den Wert der Menschenrechte fortlaufend zu garantieren und an folgende Generationen weiter zu geben. »Man muss die Freiheit schätzen lernen, um sie zu verteidigen«, so die SPD-Politikerin. Musikalisch wurde die Gedenkfeier durch das Blasorchester der Jugendmusikschule Leverkusen mit Werken von Johann Sebastian Bach begleitet. **Jürgen Schuh**

Stolberg: Polizei macht Nazis den Weg frei

Dennoch Erfolg der antifaschistischen Proteste

»Straße frei für Neofaschisten!« Das muss am 9. April der Tagesbefehl für bis zu 2000 Polizisten aus ganz NRW gewesen sein, die den Aufmarsch von rund 250 Neofaschisten in Stolberg bei Aachen ermöglichten. Dem demokratischen Protest gelang es, die Naziprovokation zu verzögern und in Grenzen zu halten.

Ein Demonstrant berichtet: Der Tag begann mit einer Prügelattacke der Polizei am Bahnhof Eschweiler auf Antifaschisten. Am Einstieg eines total überfüllten Waggons (wir standen wie die Heringe), wollte sich ein Kommando der Polizei gewaltsam Platz zur »Mitfahrt« verschaffen. Zwei unserer jungen Mitfahrer/innen lagen anschließend auf dem Bahnsteig. Ich bekam von den zu unserem Schutz eingesetzten Beamten auch noch »eins in die Fresse«, wie er es nannte. Bezeugen können dies die »parlamentarischen Beobachter« der Landtagsfraktion DIE LINKE, die anwesend waren.

Der gesamte Zugverkehr wurde von den »Ordnungshütern« für fast eine Stunde unterbrochen. Auf dem Bahnsteig in Stolberg dann ein Zwangsaufenthalt für ca. 300-400 Personen von ca. 4 Stunden in brütender Hitze im Polizeikessel (Toilettenbesuch für max. 2 Personen unter Polizeiaufsicht!). Dann »Genehmigung« zum Marsch zur Kundgebung des »Bündnisses gegen Rechts«.

Damit der bezahlte S-Bahn-Transport der Neofaschisten zu ihrer Hetzveranstaltung in der Innenstadt unbehindert blieb, wurde an der Bahnschranke der »genehmigte« Marsch gestoppt. Nach langen Verhandlungen – nachdem die Neofaschisten per SB-Bahn ihren

Bestimmungsort erreicht hatten – durften dann »Dreiergruppen« unter massivem »Polizeischutz« den Bahnübergang zwangstransportiert passieren.

Nach weiteren zahlreichen Stopps schließlich ein neuer Kessel in einem Wohngebiet. Die verlogene Begründung des Einsatzleiters: »Unser Einsatzplan ist von Ihren Leuten entwendet worden. Sie können weitergehen, wenn sie mit einer Leibesvisitation aller anwesenden (ca. 400 Personen) einverstanden sind.« Keiner war einverstanden. Einer unserer Beschützer in Uniform (Mitglied der GdP, hatte sei 6 Uhr keine Verpflegung erhalten), ließ für uns verständlich verlauten: »Man muss nicht alles glauben.«

Am späten Nachmittag erreichten wir nach weiteren Behinderungen den Kundgebungsort der Stolberger Initiative. Dort mussten wir die Hetztiraden der Neofaschisten, namentlich Axel Reitz und Sven Skoda über uns ergehen lassen. Dass »die Nächte von brennenden Moscheen erhellt sein könnten«, war für die Herren vom Staatsschutz kein Grund zum Eingreifen. Neofaschismus ist ein »schützenswertes« Gut!

Dass der Zorn der ca. 3000 zumeist jungen Antifaschist/innen über ihre entwürdigende Behandlung durch die Einsatzhundertschaften der Polizei – die sie über acht Stunden diszipliniert ertragen hatten – am Ende bei der von der »Staatsgewalt« organisierten Abreise der Neofaschisten durchbrach, kann niemand, der den Tag erlebte, wundern.

Dieser Einsatz von vielen Hundert Polizisten zur Ermöglichung einer Zusammenrottung von 250-300 Neofaschisten war eine Kapitulation der »rot-grünen« Regierungskoalition. Der nächste Test wird die Provokation der Rassisten von proNRW am 7. Mai (am Vorabend des Jahrestages der Befreiung) in Köln sein. Dort wird sich erweisen, ob die gewählten Politiker der Landesregierung das Sagen haben oder ob sie Marionetten der Polizeiführung sind. **J. Sch.**

Erfolg von Dresden Signal auch für NRW

Landesdelegiertenkonferenz tagte im Düsseldorfer Verdi-Gebäude

Die »zahlreichen Aktivitäten gegen die Militarisierung der Öffentlichkeit und besonders der Schule zu unterstützen«, das ist, so Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE), die besondere Aufgabe der antifaschistischen und antimilitaristischen Aktivisten. In ihrem Referat vor der Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA in Düsseldorf am 26. Februar schätzte die Neofaschismusexpertin die Wirkung der gelungenen Blockade von Dresden als sehr hoch ein.

»In NRW müssen wir außerdem unbedingt den Nazi-Aufmarsch Anfang September in Dortmund im Auge behalten. Nach dem großen Erfolg in Dresden dürfen wir nicht nachlassen, sondern den Nazis, sollten sie es in Dortmund noch einmal probieren, endgültig klarmachen: Es gibt für sie keinen Platz, nirgends!« Die Rednerin riet den Antifaschist/innen, »die Zusammenhänge zwischen Verarmungspolitik à la Hartz-IV, rassistischer Hetze à la Sarrazin, der Verbindung staatlicher ›Extremismuspolitik‹ mit neofaschistischen Aufmärschen und die Militarisierung der Innenpolitik« herzustellen. »Hier liegen Handlungsfelder, die wir bearbeiten müssen, und die Erfolge, die dabei schon erreicht worden sind, sollten uns Mut für unsere weitere Arbeit machen.«

Die 76 Delegierten der 21 Kreisvereinigungen der VVN-BdA aus Nordrhein-Westfalen tagten unter dem Motto: »Schafft Demokratie und Frieden! Stoppt Rechtsentwicklung, Krieg und Krisenlasten!« Die Landesdelegiertenkonferenz fand auf Einladung der Gewerkschaft Verdi in deren Landeszentrale in Düsseldorf statt. Um der faschistischen Gefahr, der Kriegspolitik und dem Sozialabbau zu begegnen, entwickelt und beteiligt sich die VVN-BdA NRW an breitesten Bündnissen, wurde betont. »Alle, die die Neofaschisten bekämpfen, sind als Bundesgenossinnen und Bundesgenossen willkommen.« So heißt es in einem beschlossenen Leitantrag. Besonders strebt die VVN-BdA NRW die intensivere Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und Migrantenorganisationen an. Jochen Vogler, wiedergewählter Landessprecher, kommentierte: »Ich war sehr beeindruckt von den verschiedenen sehr konkreten Angeboten und Vorschlägen zur Zusammenarbeit – verdi, Rosa Luxemburg Stiftung, Vereinigung Demokratischer Juristen, Landesschülervertretung, Gewerkschaftsjugend, Partei Die Linke, Die Grünen, DKP usw.« Außer ihm in den Landessprecherkreis gewählt wurden Ulrike Düwel (Wuppertal) und Falk Mikosch (Düsseldorf). Sie verabschiedeten herzlich und freundschaftlich Ulrich Sander, der 20 Jahre Landessekretär bzw. Landessprecher gewesen war und sich nun auf die antimilitaristische und Geschichtsarbeit in NRW und auf die Arbeit als Bundessprecher konzentrieren will. Zum Landesgeschäftsführer wurde Jürgen Schuh, als Landeskassiererin Traute Sander gewählt. Weitere Landesgeschäftsführungsmitglieder sind Karlheinz Berger-Frerich, Gisela Blomberg, Alice Czyborra, Doris Michel, Ulrich Sander und Peter Trinogga.



Mit einer Video-Rede des unvergessenen Jupp Angenfort wurde die Konferenz eröffnet.
Bild: Jochen Vogler

VVN-BdA verlangt: Bundeswehr raus aus den Schulen: »Kein Werben fürs Sterben.« Diese und weitere Forderungen sind in den Anträgen enthalten, die von der Landeskonferenz an den Bundeskongress gerichtet wurden. Es geht darin weiter um

- die Rechte der Roma und Sinti und ihren Schutz vor Ausweisung,
- um die Fortsetzung der Spurensuche »Verbrechen der Wirtschaft 1933-1945« in Bund und Land
- um das Schicksal der Hinterbliebenen von NS-Opfern, also der 2. und 3. Generation.
- »Rettet das Leben von Mumia Abu-Jamal« ist ein weiterer Beschluss überschrieben. **U.S.**

Friedhofsschändung von Stukenbrock beenden

Regierung weicht vor CDU/FDP-Druck zurück

Die dem Arbeitskreis »Blumen für Stukenbrock« zugesagte Wiederherstellung des Obelisken mit der roten Sowjetfahne auf dem gleichnamigen Soldatenfriedhof ist durch Druck des WAZ-Konzerns und der CDU und FDP in Frage gestellt.

Zu Zeiten des Kalten Krieges war die Fahne zugunsten eines orthodoxen Kreuzes beseitigt worden. Jetzt titelte die WAZ: »Friedhofskreuz soll einer Sowjet-Fahne weichen.« Dazu schrieb das Mitglied des Geschäftsführenden Landesausschusses der VVN-BdA, Alice Czyborra, diesen Brief, den die WAZ nicht veröffentlichte:

»Es waren überlebende sowjetische Kriegsgefangene, die im Gedenken an ihre umgekommenen Kameraden und zu ihren Ehren den Obelisken errichteten, natürlich mit dem Symbol der Roten Armee. Sie waren Teil der Roten Armee, die zur Befreiung vom Faschismus die größten Opfer erbracht hat.

Meine jüdischen Großeltern, die sich in einem Haus in der Nähe von Paris versteckt hielten, hatten nach Stalingrad jeden Tag über BBC das Vorrücken der Roten Armee mit großer Hoffnung verfolgt, wie Millionen Menschen in den von der deutschen Wehrmacht besetzten Ländern. Für die französische Resistance, denen sich meine Eltern angeschlossen hatten, bedeutete der Vormarsch der Roten Armee Licht am Ende des Tunnels. Die Umgestaltung des Obelisken in Zeiten des Kalten Krieges bedeutet eine Verhöhnung der sowjetischen Kriegsgefangenen und eine Fälschung der Geschichte. Dass die ursprüngliche Gestaltung des Obelisken mit den Symbolen der Roten Armee, so wie es der Arbeitskreis ›Blumen für Stukenbrock‹ fordert, bisher immer noch in Frage gestellt wird, ist ein Skandal.«

Der Arbeitskreis »Blumen für Stukenbrock« hat dazu aufgerufen, im Rahmen der wöchentlichen Friedhofsführungen mit Teilnehmer/innen aus der Verdi-Bildungsstätte Lage-Hörste den 70. Jahrestag des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion am Mittag des 22. Juni zu begehen.

Redaktion: Ulrich Sander
Landesbüro der VVN-BdA NRW,
Gathe 55, 42107 Wuppertal,
Tel.: (0202) 450629
Unser Spendenkonto: Pbk Essen,
Konto 28212-435, BLZ 36010043

Leserbrief in der Süddeutschen

Altes Feindbild spielt Neonazis in die Hände

Mit der Veröffentlichung des Verfassungsschutzberichtes 2010 ist in Sachen Diffamierung der VVN-BdA in Bayern weiteres Erschreckendes geschehen. Im folgenden Leserbrief, veröffentlicht in der Süddeutschen Zeitung vom 18. Februar, nehmen zwei KZ-Überlebende hierzu Stellung:

»Heribert Prantl hat zu Recht auf den Widerspruch zwischen den sonntäglichen ›Aufrufen zur Zivilcourage‹ und der zunehmenden Gängelei von Initiativen gegen Rechtsradikalismus durch das Familienministerium hingewiesen (›Falsches Misstrauen gegen gute Arbeit‹ vom 7. Februar). Auch in Bayern wird das Engagement gegen Neonazis und Rassismus wesentlich von gesellschaftlichen und kommunalen Initiativen getragen.

Seit Jahren arbeiten dabei etwa die Informationsstelle Aida oder die VVN-BdA vertrauensvoll mit den Partnern zusammen, was dem bayerischen Innenministerium aber ein Dorn im Auge ist. Denn das alte Feindbild ›Linksextremismus‹ darf in Bayern nicht untergehen; mit der Folge, dass von den Initiativen verlangt wird, sich von den beiden Organisationen zu trennen, weil sie angeblich verfassungsfeindlich seien.

Besonders diffamierend ist das für uns NS-Verfolgte in der VVN: Einerseits werden wir in Sonntagsreden gewürdigt und erhalten Auszeichnungen bis hin zum Bundesverdienstkreuz, andererseits werden wir als angebliche Verfassungsfeinde diffamiert und es wird von den Initiativen gefordert, uns als Personen und die VVN auszugrenzen. Dass Neonazis sich deshalb ins Fäustchen lachen, scheint dem Familienministerium und dem Innenministerium gleichgültig zu sein.«

Ernst Grube/Martin Löwenberg
KZ-Überlebende, München

»Gegenlesung« zeigte Wirkung

Pommersfelden: Zivilcourage gegen Rechtsaußen-Treffen

Vom 1. bis 3. April 2011 trafen sich – wie bereits seit mindestens zehn Jahren – extrem rechte Gäste im Schlosshotel Weissenstein in Pommersfelden. Dietmar Munier, Geschäftsführer und Mitinhaber der Rechtsaußen-Verlagsgruppe »Lesen & Schenken«, Zeitschrift »Zuerst«, lud erneut zum »Lesertreffen« nach Pommersfelden ein.



Die »Gegenlesung« in Pommersfelden gegen ein »Lesertreffen« von Ultrarechten ...
Bilder: Günter Pierdzig

Intellektuelle aus der Grauzone zwischen rechtskonservativem Denken und rechtsextremen Positionen verbreiten bei diesen Treffen ihre geschichts- und gebietsrevisionistische Gedankenwelt, wie z.B. der »Schulverein Trakehnen«. Für diese Veranstaltung wird über die bundesdeutschen Grenzen hinaus geworben.

Öffentlich protestiert wurde gegen dieses überregionale Rechtsaußen-Treffen bis jetzt noch nie. Zwölf zivilgesellschaftliche Bündnisse aus Nordbayern, die VVN-BdA Bamberg und weitere Organisationen sowie Bundes- und Landtagsabgeordnete entschlossen sich jedoch nun zum Handeln. Sie riefen in diesem Jahr nach ausgiebiger Vorbereitung erstmals zu Protesten in Form einer »Gegenlesung« auf.

Erst noch zögerlich schlossen sich schließlich auch die Gemeinde, die örtlichen Kirchen, weitere zivilgesellschaftliche Organisationen und der Besitzer des Schlosses Weissenstein, Paul Graf von Schönborn, unserem Protest an. Der Besitzer war noch kurz vor unserer »Gegenlesung« in seiner Eigenschaft als Schlossverwalter von den Hotelpächtern scharf angegriffen worden mit der Unterstellung, dass er »Menschenleben gefährde, wenn er die antifaschistische Gegenlesung dulde« (Nordbayerische Nachrichten, 2.4.2011).



... verlief mit reger VVN-Beteiligung.

Der jetzt öffentlich gezeigten Widerstand vor Ort, so Michael Helmbrecht, der frühere Sprecher des Bürgerforums Gräfenberg, bei der Veranstaltung, sei ihm Ermunterung zu einem Appell an die Wirte und Hoteliers in der fränkischen Region, künftig extrem rechten Gästen keine Unterkunft mehr zu geben. Der Nürnberger Schauspieler Erich Ude beeindruckte mit einer Auswahl antifaschistischer Texte und der KZ-Überlebende Josef Jakubowicz aus Nürnberg berichtete von seinen qualvollen Erfahrungen in Nazideutschland.

Die Anwesenheit von Bürgerinnen und Bürgern aus Pommersfelden und Umgebung zeigte, dass es nach dem jetzt öffentlich gemachten Skandal des »Lesertreffens« kein Verschweigen oder Ignorieren der rechtsextremen Veranstaltung mehr geben kann. Nur die Pächterfamilie des Schlosshotels scheint nach wie vor (wegen erhoffter Einnahmen?) keine Probleme mit den braunen Gästen zu haben.

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass Vertreter der Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus im Landesamt für Verfassungsschutz im Vorfeld Veranstaltungen der Gemeinde zum Stillschweigen geraten und zugleich die Gemeindevertreter vor einer Zusammenarbeit mit den zivilen Bündnissen gegen Rechts in Nordbayern abzuhalten versucht hatten.

Günter Pierdzig

Wir gratulieren ...

... natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen der *antifa* sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten – und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

Mai
Hans Besold, Unterhaching, 88 Jahre; Martin Löwenberg, München, 86 Jahre; Eva Sengle, Füssen, 83 Jahre; Ingeborg Bräuhäuser, München, 80 Jahre.

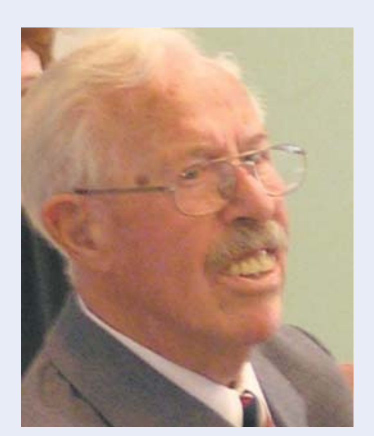
Juni
Hans Taschner, Inning, 100 Jahre; Berta Raab, München, 81 Jahre; Helmut Steuerwald, Nürnberg, 81 Jahre; Franz Hammer, Weiden, 75 Jahre; Ibo Gauter, Kempten, 70 Jahre; Renate Künzel, München, 65 Jahre; Günter Mönius, Nürnberg, 60 Jahre

Hans Taschner wird 100

Glückwünsche an einen Unentwegten

Am 5. Juni 2011 feiert unser Kamerad Hans Taschner seinen 100. Geburtstag. Seine Kameradinnen und Kameraden der VVN-BdA wünschen ihm weiterhin Gesundheit und Kraft.

Hans gehört zu den Unentwegten, die uns allen mit ihrer Menschlichkeit, ihren Erfahrungen und ihrer Beständigkeit Mut machten und machen. Er hat viele Veranstaltungen, Seminare und Zeitzeugengespräche mit gestaltet, gehörte dem Präsidium der Lagergemeinschaft Dachau an und war vor wenigen Jahren noch mit auf der Straße, wenn es wie so oft galt, Nazis den öffentlichen Raum zu verwehren.



Hans Taschner kam in München in einer sozialdemokratischen Familie auf die Welt. Sein Vater war Mitbegründer des Konsumvereins, die Eltern leiteten zeitweise eine Filiale dieser Lebensmittel-Versorgungsgenossenschaft. In den Jahren vor 1933 gehörte Hans zu den Sympathisanten des ISK, des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes. Schon früh warnte diese eher kleine Gruppe, die aber in München bei vielen jungen Gewerkschaftern Resonanz fand, vor dem heraufziehenden Faschismus und plädierte für parteiübergreifenden Widerstand.

Bei der Machtübernahme der Nazis als damals bei der sozialdemokratischen »Arbeiterwohlfahrt« Beschäftigter ohnehin gefährdet, bringt eine Denunziation aus der Nachbarschaft Hans schließlich ins Gefängnis und dann für vier Jahre ins Konzentrationslager Dachau. Dort muss er in der Kiesgrube schuften, erleidet Bunkerhaft und Folterungen. 1939 gehört er zu den 500 Häftlingen, die aus Anlass von »Führers Geburtstag« überraschend freigelassen werden, kurz danach wird er eingezogen und in den Krieg nach Russland geschickt.

Nachdem er Krieg und Faschismus überlebt hat, kommt Hans zurück nach Bayern, hält – von seinem Wohnsitz am Wörthsee aus – Kontakt zu den Genossen und Kameraden von früher. Ehemalige ISKler aus München wie Ludwig Linsert und Ludwig Koch engagieren sich nach den Jahren der Verfolgung parteipolitisch in der SPD, sind aber vor allem aktiv im Aufbau und der Neuorganisation der bayerischen Gewerkschaften. Ihnen bleibt Hans politisch und persönlich verbunden, auch wenn er eine Selbständigenlaufbahn einschlägt. Mit 70 setzt er sich zur Ruhe. Beruflich. Politisch ist er bis heute wach geblieben.

Das etwas andere Wirtshausschild

In Regensburg trauen sich nicht wenige Gastronomen ganz schön viel

»Rassisten werden hier nicht bedient!«, steht auf dem Aufkleber. Unübersehbar. Wir hatten in der *antifa* über die Initiative »Keine Bedienung für Nazis« berichtet, die sich nach dem Neonazi-Überfall auf das Regensburger »Café Picasso« gründete, bei dem ein Barkeeper krankenhausreif geschlagen wurde.

Über die praktische Umsetzung der Initiativen-Forderung wurde in der Gastronomieszene der Stadt und im Unterstützerumfeld lange diskutiert. Der Sticker, der künftig viele Gaststätten kenntlich machen soll, ist ein Resultat dieser Diskussionen. Ein beachtliches.

Nicht weniger beachtlich ist die Resonanz: »Insgesamt 92 Regensburger Gastronomen unterstützen den Aufkleber ›Rassisten werden hier nicht bedient!‹«, meldet die donaupost. Und berichtet weiter: »Dieser soll klar Stellung beziehen für Zivilcourage und gegen Rassismus. Die verantwortliche Initiative ›Keine Bedienung für Nazis‹ hatte sich nach dem Angriff auf einen Barkeeper des Cafés ›Picasso‹ formiert. Als Reaktion auf den Angriff gründeten die Initiatoren um Student Juba Akili und Helga Hanusa von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes ›Keine Bedienung für Nazis‹. (…) Um einen weiteren Schritt an die Öffentlichkeit zu machen, hob man das Engagement für Zivilcourage nun auf eine neue Ebene und präsentierte (…) den Aufkleber ›Rassisten werden hier nicht bedient!‹. Die beteiligten Gastwirte haben den Aufkleber bereits an ihren Gaststätten angebracht oder werden dies in den kommenden Tagen tun.«

RASSISTEN
werden hier
nicht bedient!
Regensburger Gastronomen
zeigen Zivilcourage
Initiative KEINE BEDIENUNG FÜR NAZIS

Klare Ansage: Der Regensburger Aufkleber.

Freilich gibt es da bei einigen auch Bedenken. Dazu die Mittelbayerische Zeitung: »Für ein Bündnis zu unterschreiben sei laut Akili das eine. Mit einem Aufkleber sich öffentlich zu bekennen das andere. ›Wir hatten einige, die offen sagten, dass es ihnen zu gefährlich ist. Dass sie Angst haben, deswegen von Neo-Nazis überfallen zu werden‹, erzählt Picasso-Wirt Sion Israel. Auch von Brauereivertretern habe es schon abfällige Kommentare gegeben: ›Jetzt reicht es doch auch mal langsam‹, habe einer zu ihm gesagt. Die Vertreter der Initiative wollen sich aber nicht unterkriegen lassen.«

Spenden an die VVN-BdA Bayern

Wir freuen uns immer sehr über Spenden für die Arbeit unseres Landesverbandes.
Unser Konto: VVN-BdA Bayern, Nr. 10532-807, Postbank München, BLZ 700 100 80.

Redaktion: Ernst Antoni
VVN-BdA Bayern
Frauenlobstr. 24, 80337 München
Tel.: (089) 53 17 86
Fax: (089) 53 89 464
E-Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

Bitte teilt uns Eure Adressen- oder Kontenänderungen mit!

Erfolg der Erinnerungsarbeit

Gedenkstätte SA-Gefängnis Papestraße endlich eröffnet

Vor 23 Jahren fand sich eine kleine Gruppe von engagierten Anwohnern und Historikern zusammen, um die unbekannte Geschichte der SA-Haftkeller auf dem Gelände der ehemaligen Eisenbahnerkasernen in Berlin-Tempelhof zu erforschen.

Wie wir heute wissen, war dieser Ort 1933 eine der zentralen Haftstätten Berlins, in denen die Gegner des Naziregimes eingesperrt, misshandelt, gefoltert und ermordet wurden. Durch intensive Recherchen gelang es dieser Initiative, die heute als Förderverein Gedenkstätte Papestraße arbeitet, die Fragmente zur SA-Feldpolizei und ihrer Opfer zu einem detaillierten Gesamtbild zusammenzutragen. Als die Gruppe 1992 die einstigen Haftkeller lokalisieren konnte und sich herausstellte, dass diese in einem weitgehend originalen Zustand und auch mit verschiedenen Ritzungen und Zeichnungen von Tätern und Häftlingen versehen waren, forderte die Gruppe, in dem betreffenden Gebäude, dem heutigen Werner-Voß-Damm 54a, eine Gedenkstätte einzurichten.

Fördergelder wurden schließlich bereitgestellt

Um diese Forderung in die Öffentlichkeit zu tragen, organisierte die Gruppe unter anderem 1995 eine Kunstausstellung in den Räumen und veröffentlichte ein Jahr später eine umfangreiche Buchdokumentation mit dem Titel »SA-Gefängnis Papestraße – Spuren und Dokumente«. Außerdem veranstaltet die Initiative seither regelmäßig Führungen, die durch Beteiligung von Mitgliedern der VVN-BdA und zwei Zeitzeugen, besonders bewegend sind.

Nachdem die Bezirksversammlung im Jahr 2003 die Einrichtung eines Gedenkortes mit einem Votum unterstützte, wurde 2005 das Gedenkprojekt in das EU-Programm Stadtumbau West aufgenommen und Fördergelder in Höhe von rund 200 000 Euro für den Ausbau der Kellerräume bereitgestellt. Auch von Seiten des Eigentümers, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben kam endlich Zustimmung, und so konnten schließlich 2010 die Keller denkmalgerecht instandgesetzt und ausgebaut werden. Offizieller Träger des Gedenkortes sind die Museen des Bezirks Tempelhof-Schöneberg.



Matthias Heisig, Vorsitzender des Fördervereins, bei der Einweihung der neuen Gedenkstätte Papestraße. Dessen Adresse muss nun bekannter werden.
Bild: KappaPhoto

Das Geschehen des Jahres 1933 geschildert

Am 7. April 2011 wurde nun der Gedenkort im Rahmen eines Presserundgangs eröffnet. Bis zur Eröffnung einer Dauerausstellung, die für 2013 geplant ist und aus Lotto-Mitteln finanziert wird, können sich die Besucher/innen eine Ausstellung der Geschichtsinitiative Papestraße ansehen, die in einem der Kellerräume zu sehen ist.

Von den Rednerinnen und Rednern wies insbesondere Prof. Andreas Nachama, der Direktor der Stiftung Topographie des Terrors, auf die hohe Bedeutung der authentischen Orte hin. Weil Zeitzeugen der ersten Monate der Naziherrschaft kaum noch leben, kann ein Gedenkort wie das ehemalige SA-Gefängnis Papestraße eindringlich das Geschehen des Jahres 1933, das so entscheidend für die zwölf Jahre der Nazidiktatur war, erzählen.

Geschichtslektion im Gefangenenkeller

Petra Zwaka, die Leiterin der Museen Tempelhof-Schöneberg, äußerte die Bereitschaft, bei einem steigenden Publikumsinteresse auch erweiterte Öffnungszeiten anzubieten. Zukünftig soll es insbesondere Projekte mit Schülerinnen und Schülern an dem Gedenkort geben, in dem auch ein Veranstaltungsraum in einem ehemaligen Gefangenenkeller eingerichtet wurde. 2006 hatte das bezirkliche Jugendmuseum dort ein Projekt initiiert, in dem auch ein Videofilm entstanden war.

Matthias Heisig, der Vertreter des Fördervereins Gedenkstätte Papestraße, dankte insbesondere den beiden Entdeckern und Initiatoren des Gedenkortes Papestraße, Rolf Scholz und Sylvia Walleczek, für deren jahrelanges beharrliches Engagement und sprach die Hoffnung aus, dass sich der Förderverein mit seinem Wissensschatz zum SA-Gefängnis in die zukünftige Ausgestaltung des Gedenkortes als gleichberechtigter Partner einbringen kann. Heisig schloss sich den Hinweisen seiner Vorredner zur mangelnden Auffindbarkeit des Gedenkortes im Umfeld des Bahnhofs Südkreuz an und regte die Anbringung der Gedenktafel an der ehemaligen Haftanstalt an. Zum Abschluss wurde den interessierten Gästen bei einer Führung des Fördervereins die Geschichte des einstigen SA-Gefängnisses und einzelne Häftlingsschicksale nähergebracht.

Eine zeitgemäße Erinnerung an die ca. 2000 Häftlinge dieser Haftstätte, von denen die Initiative bisher über 400 namentlich recherchieren konnte, und an die geschätzten 40 Todesopfer der SA-Feldpolizei wird zukünftig eine zentrale Aufgabe sein. **M.H.**

Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße, Werner-Voß-Damm 54a, 12101 Berlin. Öffnungszeiten: mittwochs und sonntags jeweils 14:00 bis 18:00 Uhr Kostenlose Führungen jeden 2. und 4. Sonntag im Monat um 14:00 Uhr www.gedenkstaette-papestrasse.de

Redaktion: Dr. Hans Coppi
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Tel.: (030) 29784178
Fax: (030) 29784378
Internet: http://berlin.vvn-bda.org
E-Mail: berlin@vvn-bda.org

Wir bitten sehr um Spenden für die Berliner VVN-BdA
Postbank Berlin
Konto-Nr: 315 904 105
BLZ: 100 100 10

Die Berliner VVN-BdA lädt ein:

Antifa – Jour Fixe

»Ihr seid nicht vergessen!«

Das Mädchenkonzentrationslager Uckermark

Moderatorin Heike Kleffner, Aktion Sühnezeichen

am
16. Mai 2011

Antifa – Jour Fixe
immer am 3. Montag,
immer um 18.30 Uhr,
immer im Café Sibylle.
Karl-Marx-Allee 72, Berlin (U 5 zw. Strausberger Platz und Weberwiese)

Eine ungewöhnliche Frau

Zum Gedächtnis an Ilse Stöbe

Ilse Stöbe gehört zu den Deutschen, die früh bereit waren, aktiv gegen das Hitlerregime zu kämpfen, und deswegen wurde sie im Jahr 1942 im Alter von 31 Jahren hingerichtet wurden. Im Mai 1911 geboren, wäre sie am 17. Mai 2011 hundert Jahre alt geworden.

Ilse Stöbe war ein Arbeiterkind aus dem Berliner Osten. Aus einfachen Verhältnissen kommend bewegt sich die junge Frau selbstsicher in der Welt der großen Berliner Presse der Zwanziger Jahre. Beim liberalen Berliner Tageblatt wird sie Sekretärin des legendären Herausgebers Theodor Wolff, der sie fördert. In dieser Redaktion begegnet sie Rudolf Herrnstadt (1903-1966), einem begabten Journalisten und Kommunisten. Sie verbindet eine langjährige enge Freundschaft. Nach unterschiedlichen und getrennten Wohn- und Arbeitsorten lebt sie von 1935 bis 1939 in Warschau, arbeitet für tschechische, Schweizer und andere Zeitungen. Über Rudolf Herrnstadt lernt sie den Diplomaten und Hitlergegner, Rudolf von Scheliha, kennen. Ende August 1939 flieht Rudolf Herrnstadt nach Moskau und wird im Auslandsnachrichtendienst der Roten Armee tätig, für den er und Ilse Stöbe bereits seit 1930/31 arbeiten. Ilse Stöbe kehrt nach Berlin zurück und findet 1940 eine Anstellung in der Informationsabteilung des Auswärtigen Amtes. Dort trifft sie erneut auf Rudolf von Scheliha. Dessen Informationen über die Vorbereitungen des Angriffs auf die Sowjetunion leitet sie an Vertraute der sowjetischen Botschaft weiter. Nach dem 22. Juni 1941, Tag des Überfalls auf die UdSSR, bricht ihr Kontakt nach Moskau ab.Als der Funkentzifferungsdienst der Wehrmacht einen Funkspruch aus Moskau mit dem Namen und der Adresse von Ilse Stöbe entschlüsselt, nimmt die Gestapo sie am 12. September 1942 fest. Am 19. Dezember werden Ilse Stöbe und Rudolf von Scheliha wegen Landesverrats vom Reichskriegsgericht zum Tode verurteilt und in den Abendstunden des 22. Dezember 1942 in Plötzensee ermordet.Elfriede Brüning hat 2004 in ihrem Buch »Gefährtinnen« einen Essay zu Ilse Stöbe verfasst. Irina Liebmann ist in ihrem viel beachteten Roman über ihren Vater Rudolf Herrnstadt »Wäre es schön? Es wäre schön!« auf Ilse Stöbe eingegangen.

H.C.



Ilse Stöbe, Mitte der Dreißiger Jahre.

Eine Veranstaltung »Zum Gedächtnis an Ilse Stöbe« der Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), in Kooperation mit der Stiftung Haus der Demokratie und Menschenrechte, findet statt am 24. Mai um 18 Uhr im Robert-Havemann-Saal, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin

Ihr seid nicht vergessen!

Veranstaltung zum Mädchenkonzentrationslager Uckermark

Das Mädchenkonzentrationslager Uckermark wurde im Frühjahr 1942 zwangsweise von Häftlingen des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück errichtet. 1945 zählte das Lager rund 1000 Mädchen und junge Frauen. Ein Erlass von 1937 über die »vorbeugende Verbrechensbekämpfung« hatte die Inhaftierung von als »asozial« kriminalisierten Mädchen möglich gemacht. Im Januar 1945 wurde auf dem Gelände ein Vernichtungslager für Häftlinge aus Ravensbrück gebaut. Bis April 1945 wurden dort ca. 5000 Frauen umgebracht.

Die »Initiative für einen Gedenkort ehemaliges Jugendkonzentrationslager Uckermark e.V.« entstand aus einem Netzwerk von unabhängigen, feministischen und antifaschistischen Frauen-, Lesben- und Transgender-Gruppen, die seit 1996/97 Bau- und Begegnungscamps auf dem Gelände ehemaligen Jugendkonzentrationslagers und späteren Vernichtungslagers Uckermark durchführen.

Sie arbeiten unter anderem an einem Konzept für einen würdigen Gedenkort. Sie befürworten ein »Offenes Gremium«, in dem alle Verantwortlichen (Überlebende, Opferverbände, Initiativen, Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, das Land Brandenburg etc.) gemeinsam über den Gedenkort beraten und entscheiden. Dieses wäre eine neue Arbeitsform unter demokratischer Einbeziehung aller Beteiligten.

Einer der Schwerpunkte der Arbeit des Netzwerkes ist die Durchsetzung von Konversionsmaßnahmen auf dem Gelände, die den Rückbau der Hinterlassenschaften der Nutzung des Geländes nach 1945 beinhaltet, damit das ehemalige Jugendkonzentrationslager in seiner historischen Dimension wieder erkennbar wird. Von der Arbeit der Initiative, die ja keine Lagergemeinschaft aus Überlebenden, deren Angehörigen und Freund/innen ist, wie zum Beispiel die befreundete Lagergemeinschaft Ravensbrück, soll an einem Jour-Fixe-Abend am 16. Mai (siehe Kasten auf Seite 10) die Rede sein. Sie versteht ihre Arbeit ausdrücklich als gedenkpolitische Intervention. Wir hören von Konflikten, so mit der Gedenkstättenleitung und Politiker/innen, von Erfolgen und Anerkennung ihrer Arbeit.



Eine Stele auf dem Gelände des ehemaligen KZ Uckermark erinnert an die hier gequälten und ermordeten Frauen. Bild: Dirk Stegemann

Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e.V.
info@maedchen-kz-uckermark.de
www.maedchen-kz-uckermark.de

So wird's gemacht:
Bestellung der Neofa-Ausstellung



Bestellung und Terminvereinbarung für die Neofaschismus-Ausstellung bei:
Monika Kanzler-Sackreuther
Alter Wixhäuser Weg 69
64291 Darmstadt
Tel. (0 61 51) 37 28 81
E-Mail: m.kanzler-sackreuther@gmx.de

Die Ausstellung kann abgeholt werden bei:
P.C. Walther
Gebrüder Wright-Str. 1
60486 Frankfurt
Tel. (0 69) 70 79 59 06
Mobil: (01 79) 2 23 27 04
E-Mail: pc.walther@t-online.de

Entspannung, keine Entwarnung

Zur hessischen Kommunalwahl 2011

Die meisten Kommentare zu den hessischen Kommunalwahlen beschäftigten sich zumeist mit den erheblichen Wahlgewinnen der Grünen, den regionalen Verschiebungen bei SPD und CDU sowie den unterschiedlich kommentierten Resultaten der LINKEN. Nur vereinzelt hörte man etwas über die Ergebnisse von NPD und REPs.

Auf den ersten Blick überrascht das nicht, verloren die REPs doch mehr als 50% ihrer Stimmen und kommen nur mehr auf 0,7%, auch die NPD kann ihr Ergebnis von 2006 von 0,4% nicht verbessern. Dennoch scheint es geboten, diese Ergebnisse genauer zu analysieren.

Richtig ist sicherlich, dass das Thema Ausländerfeindlichkeit insbesondere in den letzten Tagen des Wahlkampfes durch die Ereignisse in Japan so überlagert wurde, so dass die Propaganda der extremen Rechten weniger Aufmerksamkeit fand. Das Scheitern der NPD in Sachsen-Anhalt an dem Wochenende zuvor hat sich zusätzlich ausgewirkt. Doch beide Faktoren haben »tagesaktuellen Charakter«.

Der NPD ist es in Frankfurt durchaus gelungen, die Sarrazin–Debatte für sich zu instrumentalisieren. Damit konnte der hessische NPD-Vorsitzende Jörg Krebs seinen Sitz im Frankfurter Stadtparlament verteidigen und in den Ortsbeirat von Nieder-Eschbach gewählt werden. Er konnte diese Stimmen erzielen, obwohl auch »Freie Wähler« mit dumpfem Rassismus in Frankfurt angetreten waren. Erfreulich ist, dass die NPD in ihren ehemaligen Hochburgen, z.B. Leun und Wölfersheim massive Stimmen verlor. Insgesamt blieben diese Ergebnisse weit hinter den Erwartungen der NPD zurück, aber es zeigte sich, dass sie trotz fehlender öffentlicher Aufmerksamkeit ein Wählerpotenzials mobilisieren konnte. Dafür sprechen auch die zwei Sitze im Wetterauer Kreistag, im Lahn-Dill-Kreis und der Sitz im Main-Kinzig-Kreis. Der Gewinn dieses Mandates erfolgte gegen die REPs, die ebenfalls im Main-Kinzig-Kreis antraten und nur noch ein Mandat erringen konnten. In Hanau selber erreichten sie noch 4,2%. Auch in Stadtallendorf, wo die REPs gegen die große türkische Gemeinde besonders »deutschfreundlich«, wie euphemistisch ausländerfeindlich übersetzt wird, auftraten, erzielten sie 5,6% und zwei Mandate. Insgesamt sind die REPs mit 23 Mandaten auf Kreis- und Gemeindeebene vertreten. Dies überrascht, da die Organisation der REPs in Hessen faktisch am Boden liegt und nur lokale Schwerpunkte existieren.

Bemerkenswert ist das Verhalten der »freien Kameradschaften«, die weder der NPD Unterstützung bei ihren Kandidaturen gaben, noch das »Ticket« der NPD oder einer »Bürgerliste« nutzten – wie noch vor fünf Jahren im Schwalm-Eder-Kreis –, um ihre Propaganda auch in Kreistagen zu vertreten. Sie konzentrieren sich eher auf den »Kampf um die Straße« und werden sicherlich den angekündigten Aufmarsch der JN im Juni 2011 in Gießen für ihre Selbstdarstellung nutzen.

Bernd Kant

SS-Mann blieb unbehelligt

»Schnelle Justiz«

SS-Obersturmbannführer Bernhard Frank, der zum Kommandostab von SS-Führer Himmler gehörte, lebt nach Kriegs- und Herrschaftsende des Faschismus, also seit 1945 offen und unbehelligt im Rhein-Main-Gebiet.

Erst jetzt, nach über 65 Jahren, als im Februar 2011 ein junger Amerikaner sich gegenüber *Bild* damit brüstete, er habe als Neonazi »getarnt« »den SS-Mörder entdeckt und überführt«, erfuhr die Öffentlichkeit von Franks Existenz und auch die Staatsanwaltschaft erklärte, sie habe nunmehr – nach über sechs Jahrzehnten! – die Ermittlungen gegen den inzwischen 97-jährigen SS-Führer aufgenommen.

pcw

Wann kommt die Dokumentationsstätte »Katzbach«?

Historischer Ort Adlerwerke

Dass das Ringen um das Gedenken manchmal einer »unendlichen Geschichte« ähnelt, muss seit mehr als einem Jahrzehnt die Claudy-Stiftung in Frankfurt/M. erleben, die sich für eine Dokumentations- und Bildungsstätte am historischen Ort Adlerwerke einsetzt.

Unbestritten ist, dass das Außenlager »Katzbach« des KZ Natzweiler trotz seiner kurzen Existenz eine der schlimmsten Einrichtungen des NS-Regimes darstellte: Von ca. 1600 Häftlingen überlebten nur 54 das Lager. Es war Teil des Komplexes der Zwangsarbeit im Rhein-Main-Gebiet, die über 150 000 Menschen aus allen Teilen Europas umfasste und in der die Adlerwerke eine wichtige Rolle spielten.

Dass dieser Ort erst in den 90er-Jahren »entdeckt« wurde, zeigt noch einmal, welche Schwierigkeiten diese Gesellschaft mit der Erinnerung an Zwangsarbeit und industrielle Ausplünderung hat.

Es ist das Verdienst der Claudy-Stiftung und der IGDV-Gedenkstätten-Initiative, das Thema seit dieser Zeit auf die politische Agenda gesetzt zu haben. Die Initiative arbeitet ohne wissenschaftlichen Apparat und ohne hauptamtliches Personal. Umso beeindruckender sind die Ergebnisse, die sich in der historischen Dokumentation, in der Begleitung der Zeitzeugenarbeit, in verschiedenen Veranstaltungen und nun in der Vorlage eines Konzepts für diese Dokumentations- und Bildungsstätte niederschlagen.

Dieses Engagement wird jedoch von der Stadt Frankfurt/M. und dem zuständigen Dezernenten für Kultur und Wissenschaft, Prof. Semmelroth, nicht wirklich gewürdigt. Es bedurfte einer großen Beharrlichkeit, bevor die Stadt selber sich mit dieser Initiative inhaltlich beschäftigte und das Anliegen ernsthaft prüfte. Mehrfach hieß es, der historische Ort sei für eine solche Idee nicht angemessen, es fehlten Realien als Dokumentationsstücke, die Geschichte sei daher dort nicht ausreichend dokumentierbar. In einem Schreiben von Prof. Semmelroth vom 25. Januar wird zudem kritisch angemerkt, dass in den Ausführungen zum Konzept Hinweise zu »Feuerschutz, Notausgängen, Notfallver-

(Fortsetzung auf Seite 13)

Authentische Orte der Deportationen bald erkennbar

Erinnerungsstätte an Frankfurter Großmarkthalle geplant

Die Prozedur hat lange gedauert, aber es ging auch nicht um etwas Alltägliches, sondern um etwas Einmaliges: Um eine würdige Gedenkstätte an der ehemaligen Frankfurter Großmarkthalle, demnächst Ort der Europäischen Zentralbank, zur Erinnerung an die 11 000 Frankfurter Juden, die seit 1941 von den Nazis in die Keller der Großmarkthalle getrieben und von hier aus in Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert wurden.



Großmarkthalle Frankfurt am Main: Bald EZB-Sitz mit Gedenkstätte.

Die Stadt Frankfurt hatte 2009 in Abstimmung mit der Jüdischen Gemeinde und der Europäischen Zentralbank einen internationalen Ideenwettbewerb ausgeschrieben. Aus 139 eingereichten und zuletzt drei gleichwertigen Arbeiten wählte die Jury schließlich den Entwurf des Kölner Büros KatzKaiser aus, der »die Logistik und Infrastruktur des Verbrechens« zeige, wie Juryvorsitzender und Städelschuldirektor Prof. Nikolaus Hirsch befand.

»Die authentischen Orte der Deportationen im Bereich der Großmarkthalle«, urteilte das Preisgericht, »werden in ganz einfacher Form sichtbar gemacht« – und zwar die Gleisharfe mit dem Stellwerk und die Rampe, die zum Sammelkeller unter dem Kopfbau der Großmarkthalle führte. Diese Rampe wird allgemein zugänglich sein, während es für den Kellerraum, der ursprünglicher Form erhalten bleibt, Führungen geben wird.

Die Frankfurter VVN-BdA und ihre Vorsitzender Rolf Heinemann haben sich jahrelang für eine Gedenkstätte in der Großmarkthalle eingesetzt. Sie gehen davon aus, dass diese Gedenkstätte auch ein Ort der Information und des Lernens werden wird.

P.A.

(Fortsetzung von Seite 12)

sorgung« und »sanitäre Einrichtungen« fehlen würden. Im Februar 2011 ließ er über die FAZ verlauten, dass das Konzept von »mangelnder Professionalität« geprägt sei. Auf der Grundlage einer Stellungnahme von zwei städtischen Einrichtungen, die selbst als historische Bildungsstätten alimentiert werden, kam er zu dem Ergebnis »eine Förderung abzulehnen«.

Dies ist sicherlich nicht das letzte Wort der Stadt. Es zeigt aber, dass es noch großer Anstrengungen und weiterer politischer Debatten im Römer und der gesellschaftlichen Öffentlichkeit bedarf, bis die begrüßenswerte Idee einer Gedenkstätte Außenlager »Katzbach«/Adlerwerke Wirklichkeit wird. Die VVN-BdA wird mit ihren Möglichkeiten diese Anstrengungen unterstützen.

Ulrich Schneider

Rhein: Scharf gegen links

Innenminister stellt Extremismus-Zahlen vor

Im März gab Landes-Innenminister Boris Rhein (CDU) die Zahlen der in Hessen registrierten politischen Straftaten im Jahr 2010 bekannt.

Danach gab es insgesamt 1082 politische motivierte Straftaten. 684 (gleich 63 Prozent) gingen auf das Konto von Rechtsextremisten, 182 (gleich 17 Prozent) werden ausländischen »Extremisten« zugeschrieben. 216 (also rund 20 Prozent) wurden Boris Rhein zufolge von angeblichen Linksextremisten begangen.

Dabei lässt der konservative Landesminister außer Acht, dass nicht selten aktionsorientierte Nazigegner als »Linksextremisten« bezeichnet und ihr aktives Entgegentreten gegen Neonazis, etwa mithilfe von Blockaden, von seinem Ministerium als Straftat registriert werden.

Davon abgesehen hielt die mehr als dreimal so hohe Zahl rechtsextremer Straftaten CDU-Minister Rhein nicht davon ab, bei seinem Presseauftritt erneut eine angebliche »Bedrohung von links« in den Vordergrund zu stellen.

Er griff vor allem die Linkspartei an; sie »dulde radikale und extremistische« Gruppierungen »bis in den Landesvorstand« hinein. So führt Innenminister Boris Rhein seinen Kampf »gegen Extremismus« weiterhin vor allem gegen die Linkspartei; Neonazis sind für ihn offenbar nicht so bedrohlich.

P.C.Walther

Landrat deckt Heimatforscher

Holocaustleugner schreibt für Landkreis Main-Taunus

Im hessischen Main-Taunus-Kreis gibt es einen Heimatforscher namens Hermann Lixenfeld, der regelmäßig auch für das amtliche Jahrbuch des Landkreises schreibt. Dieser Autor wandte sich jüngst gegen die Verlegung von Stolpersteinen im Hattersheimer Stadtteil Okriftel.

Zu einem solchen Gedenken an verfolgte Juden bestehe keine Veranlassung, denn diese Juden seien »freiwillig weggezogen«, wird Lixenfeld zitiert. Auch in der Pogromnacht der Nazis seien lediglich einige »Matratzen auf die Straße geworfen« worden. Und schließlich: »Bei uns gab es keinen Holocaust.«

Als es über diese Holocaust-Leugnung Empörung gab und gefordert wurde, von einem solchen Autor nicht länger Beiträge im amtlichen Jahrbuch des Kreises zu veröffentlichen, meinte Landrat Berthold Gall (CDU) verharmlosend, der Heimatforscher sei eben »politisch nicht so geschult« und gab ausdrücklich eine »Ehrenerklärung für diesen Mann« ab.

Der als rechtspopulistisch bekannte Heiner Kappel von den »Freien Bürgern« meinte schließlich, wenn von Lixenfeld keine Beiträge mehr veröffentlicht würden, sei das »Zensur wie in der vergangenen DDR«.

Ein Ergebnis hatte die öffentliche Debatte über die Lixenfeld-Äußerungen dennoch: Der Autor zog seinen Beitrag für das nächste Jahrbuch zurück. Er fühlte sich durch die Kritik gekränkt.

pcw

Redaktion: Peter Altmann
Landesverband der VVN-BdA-Hessen,
Eckenheimer Landstr. 93, 60318 FfM,
Tel. und Fax: (069) 5970524

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!

Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt
Kto-Nr. 49330-602 BLZ 5001006

Landeskonferenz der VVN-BdA HH

»Jour fixes« in Vorbereitung

Am 26. und 27. Februar fand im Billstedter »Kulturpalast« die Landesdelegiertenkonferenz der Hamburger VVN-BdA statt. Erstmals seit langem lief sie an zwei Tagen, um in vier Workshops ausführlich zu diskutieren, wie die Arbeit der Organisation verbessert werden kann.

Dort wurden mehrere Anträge ausgearbeitet, u.a. zur Einrichtung eines »Jour fixe« zu politischen Themen und zur Schulung der Mitglieder. Neuer Sprecher wurde Georg Chodinski, die beiden Sprecherinnen Ilse Jacob und Traute Springer-Yakar wurden wiedergewählt. Nicht wieder kandidiert hat die bisherige Sprecherin Cornelia Kerth. Ihr wurde für die langjährige Arbeit mit einem großen Blumenstrauß und einem Präsent gedankt.

Kassiererin wurde wie bisher Christiane Chodinski, außerdem vertritt sie die Hamburger VVN-BdA im Bundesausschuss (Stellvertreterin: Traute Springer-Yakar).

Zu einigen Beschlüssen der Landesdelegiertenkonferenz können wir hier schon Umsetzungsschritte melden:

- Gründung einer Geschichtsarbeitsgruppe: Eine kleine Gruppe hat bereits am 9. April mit einem ersten Treffen die Arbeit aufgenommen.
- Seminar »Geschichte der VVN-BdA«: Dazu wird es ein Wochenendseminar am 24./25. September in Heideruh geben. Interessierte Kameradinnen und Kameraden können sich im Landesbüro schon jetzt anmelden.
- Schulung Neofa-Ausstellung: Am 29. April fand eine Schulung für interessierte Kameradinnen und Kameraden statt.
- An den weiteren Beschlüssen, insbesondere zum »Jour fixe« arbeitet der Landesvorstand noch.

Georg Chodinski/hjm

Friedensfest am Stephansplatz

Antimilitaristisches Theater am »Kriegsklotz«

Das aus 13 Vereinen bestehende »Bündnis für ein Hamburger Desertördenkmal« lädt für den 8. Mai um 15 Uhr am »Kriegsklotz« auf dem Stephansplatz zu seinem zweiten Friedensfest ein.

Auf dem Programm stehen Ansprachen, Lesebeiträge, Lieder der Gruppe »Rotdorn« und das Schauspiel »Kriegsgericht«. Ab 16.30 Uhr startet dann die Kunstaktion »Versäumtes nachholen«. Das Kriegerdenkmal wird in Folie gewickelt und bleibt über 14 Tage in dieser Gestalt erhalten. Am 21. Mai wird ab 15 Uhr das Denkmal bei Sekt und frechen Liedern wieder ausgepackt. **René Senenko**



Das erste Friedensfest am »Kriegsklotz« vom September 2010.
Bild: solid HH

Geschichts-AG vor zweiter Gründung

»Unwissen fördert Schlussstrichmentalität«

Aller Anfang ist schwer: Zu einem zweiten Gründungstreffen lädt die Vereinigung Geschichte der Hamburger VVN-BdA ein. Sie ist geplant am Sonntagnachmittag des 29. Mai, 15 Uhr, im Landesbüro der Vereionigung, Hein-Hoyer-Str. 41.

Warum diese zweite Gründung? Es besteht ein eindeutiger Zusammenhang zwischen mangelndem Geschichtswissen über die Ursachen, Verbrechen und Folgen des Faschismus und der verbreiteten Schlussstrichmentalität in der Bundesrepublik. Viele Untersuchungen belegen das.

Auch die fatale Bedeutung fehlender oder verweigerter Empathie in großen Teilen der Bevölkerung, also der Fähigkeit und Bereitschaft sich auf das Schicksal der Opfer und Verfolgten einzulassen und aus dem Geschehenen konkrete politische Konsequenzen zu ziehen, ist für die Zeit vor und nach der Befreiung 1945 gut dokumentiert.

Nimmt man dazu noch die Denunziation des Widerstandes oder seine Verengung auf die »heldenhaften Männer des 20. Juli« hinzu, ergibt sich eine ungute Mischung, die seit langem einen hervorragenden Nährboden für Geschichtsrevisionismus, Demokratieabbau und Neofaschismus in Deutschland bildet.

Der antifaschistischen historisch-politischen Bildung kommt daher auch weiterhin eine zentrale Bedeutung für die politischen Themen und Anliegen der VVN-BdA zu. Darüber waren sich alle der sehr engagierten Teilnehmerinnen und Teilnehmer der »Geschichts-AG« auf unserer Hamburger Landesdelegiertenkonferenz Ende Februar schnell einig.

Es gibt aber seit einigen Jahren in unserem Landesverband keine koordinierte Geschichtsarbeit mehr – ein unhaltbarer Zustand.Wenn ich mir überlege, wieviel nicht nur ich den hervorragenden Büchern und Aufsätzen unserer, teils schon lange verstorbenen Kameradinnen und Kameraden und ihrem öffentlichen Wirken zu verdanken habe, dann steht außer Frage, dass meine oder unsere Generation deren Erbe aufnehmen und aktiv fortsetzen muss. »Zwerge auf den Schultern von Riesen«, gewiss, wie wir es auf dem Workshop formuliert haben, aber mit einer Hinterlassenschaft ausgestattet, die sich sehen lassen und die weitergetragen und sehr gut ausgebaut werden kann.

Wie die Arbeit einer neuen Geschichtsgruppe konkret auszusehen hätte, anhand welcher Themen und Fragestellungen sie sich einarbeiten und praktisch entwickeln und eine eigene spezifische Forschungs- und Bildungsarbeit entfalten könnte, darüber haben wir uns auf unserem LDK-Workshop sehr angeregt auseinandergesetzt und viele Ideen, Vorschläge und auch kritische Punkte gesammelt.

Auf unserem ersten Treffen werde ich diese Ergebnisse anfangs noch einmal vorstellen, und wir werden diese Überlegungen hoffentlich aufgreifen, weiter ergänzen und in eine reichhaltige und interessante antifaschistische Geschichtsarbeit münden lassen.

Aufgabe wird sein, sich angesichts der vielen guten Ideen und Projekte nicht zu verzetteln. An Themen und Fragen hat es noch nie gemangelt… **Christiane**

Redaktion: H.-J. Meyer
Nächster Redaktionsschluss ist Dienstag, 14. Juni.
Zuschriften bitte an die Landesgeschäftsstelle VVN-BdA Landesvereinigung Hamburg
Hein-Hoyer-Str. 41, 20359 Hamburg,
Tel.: (040) 31 42 54
E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de

Eine Widerstandskämpferin

Hedwig Voegt und ihre Hamburger Freundinnen

Der diesjährige Internationale Frauentag stand bei der Hamburger VVN-BdA und der Willi-Bredel-Gesellschaft ganz im Zeichen der Antifaschistin und späteren Wissenschaftlerin Hedwig Voegt.

1903 wurde sie im Hamburger Stadtteil St. Pauli geboren. Sie arbeitete im Telegraphenamt, schloss sich der KPD an und war Arbeiterkorrespondentin bei der kommunistischen *Hamburger Volkszeitung*. Bald nach dem Machtantritt der Nazis kam das »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums«. Mitglieder der SPD, KPD und jüdische Menschen wurden aus dem Öffentlichen Dienst entfernt, auch Hedwig Voegt. Sie ging in den Widerstand und war mehrmals in Haft, auch im Kola-Fu.

Nach 1945 ging sie in die Sowjetische Besatzungszone bzw. spätere DDR und trat der SED bei. Ab 1949 studierte sie in Jena und Weimar Literaturwissenschaft. An der Universität Jena promovierte sie 1952 mit der Dissertation »Der demokratische Patriotismus in der deutschen jakobinischen Literatur 1790-1800«. 1955 erhielt sie eine Professur für Geschichte der deutschen Literatur an der Philosophischen Fakultät der Universität Leipzig. Später lehrte sie an der dazugehörigen Fakultät für Journalistik literarische Publizistik und Geschichte der Literatur. Ab 1963

Urne der Antifaschistin in die Heimatstadt geholt

schuf sie in den nächsten 25 Jahren ein bedeutendes wissenschaftliches literarisches Werk. 1988 starb sie in Leipzig und wurde wie andere Widerstandskämpfer auf dem


Hedwig Voegt

Ehrenhain des Leipziger Südfriedhofs bestattet.

Nach der feindlichen Übernahme der DDR durch die BRD sahen die verantwortlichen SPD-Politiker in Leipzig in dem Ehrenhain eine Selbstbespiegelung der SED. Geplant ist ohne Rücksicht auf die Vergangenheit der dort Bestatteten den Ehrenhain einzuebnen. Uns ist es gelungen, die Urne von Hedwig Voegts an ihren Geburtsort Hamburg zu überführen. Dort wurde sie am 5. März mit einer Feierstunde auf dem Ohlsdorfer Friedhof beigesetzt, und zwar auf dem Ehrenfeld der Geschwister-Scholl-Stiftung.

Auf diesem Friedhof ruhen auch drei enge Freundinnen Hedwig Voegts aus der Hamburger Zeit: Katharina Jacob, Anita Sellenschloh und Lucie Suhling. Auch sie waren Kommunistinnen und im Widerstand, zeitweilig waren sie in der gleichen Strafanstalt inhaftiert. Die Töchter der drei, Ilse Jacob, Petra Fabig (geb. Sellenschloh) mit zwei Töchtern und Ursula Suhling erzählten im Billstedter »Kulturpalast« aus dem Leben ihrer Mütter bzw. der Großmutter. Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung der VVN-BdA und der Bredel-Gesellschaft von den Two Troubadouras. **hjm**

Mai und Juni: Hamburger VVN-Termine

Freitag, 6. Mai
Jugendwiderstand in Hamburg. Erinnerung an Irene Wosikowski.
Gemeinsame Veranstaltung der VVN-BdA, des Landesjugendrings und der AG Jugendweihe Groß-Hamburg.
19 Uhr, Ort: Bürgertreff Altona Nord, Gefionstraße 3

Sonntag, 8. Mai
Kundgebung am Mahnmal für die Opfer des Faschismus auf dem Ohlsdorfer Friedhof.
Es spricht: Wolfgang Rose, Vorsitzender der Gewerkschaft ver.di Hamburg. Es singt der Chor Hamburger Gewerkschafter/innen.
11 Uhr

Sonntag, 15. Mai
Antifa-Filmreihe
»Er tanzte das Leben«
Der Film erzählt das bewegte Leben des heute in Hamburg wohnenden und 1914 bei Moskau geborenen jüdischen Flamencotänzers Sylvin Rubinstein. Mit seiner Zwillingsschwester wurde er in den großen Varietés Europas gefeiert. Beide flohen aus dem Warschauer Getto. Sie sahen sich nie wieder. Nach dem Krieg wurde er in Deutschland auf der Bühne zu seiner Schwester Dolores. Ihr huldigt und gedenkt er im Tanz. Der Filmemacher Marian Czura hat sein Kommen angekündigt, vielleicht gemeinsam mit Sylvin Rubinstein, falls es dessen Gesundheit zulässt.
17 Uhr, Kino Metropolis Steindamm 52/54

Donnerstag, 26. Mai
Rettet »Lore«, das Mahnmal zum Gedenken an Zwangsarbeit im Sonnenland!
»Wer sich des Vergangenen nicht erinnert, ist dazu verdammt, es noch einmal zu erleben.« Unter dieser Botschaft entwickelten und errichteten Jugendliche 2002 in Gemeinschaftsarbeit aus einer Kieslore ein Mahnmal. 2003 erhielten sie dafür den Bertini-Preis. Mit dem Verfall des Mahnmals droht der Verlust unserer Erinnerung an die Geschichte und an das Schicksal der Zwangsarbeiter. Gemeinsam mit dem Stadtteilprojekt Sonnenland laden wir ein, das Mahnmal zu besichtigen und anschließend Möglichkeiten der Rettung zu diskutieren.
16 Uhr, Treff am Mahnmal, dann weiter zum Oststeinbeker Weg, anschließend Grundschule an der Glinder Au.

Sonntag, 19. Juni
Antifa-Filmreihe
»Der unbekannte Soldat«
»Was hast du im Krieg gemacht, Vater?« lautet der Untertitel zu Michael Verhoevens Film über die Verbrechen der NS-Armee. Nach der vielbeachteten Wehrmachtsausstellung (1995) lenkt diese dokumentarische Arbeit erneut den Blick auf die einfachen Soldaten und ihre Beteiligung am Vernichtungskrieg
17 Uhr, Kino Metropolis Steindamm 52/54

Bürgerschaftswahlen:
Kein Geld und keine Mandate für NPD

Bei den Wahlen am 20. Februar zur Hamburger Bürgerschaft gewann die SPD die absolute Mehrheit. Bürgermeister wurde Olaf Scholz (SPD). Die NPD erreichte trotz zweier spektakulärer Auftritte mit Thomas Wulff nur 0,9 Prozent der Stimmen. Wahlkampfkostenerstattung gibt es in Hamburg ab 1,0 Prozent der Stimmen. Die NPD ging somit leer aus. **hjm**

Vom Friedhof Ohlsdorf:
Skulptur »Der Redner« gestohlen

Die Bronzefigur »Der Redner« vom Ehrenhain der Widerstandskämpfer auf dem Ohlsdorfer Friedhof ist abmontiert und gestohlen worden. Ob es Kupferdiebe, die seit einiger Zeit in Hamburg und Umgebung ihr Unwesen treiben, oder Neonazis waren, ist bisher nicht bekannt. In den 1970er-Jahren wurde die Figur schon einmal entwendet und in der Alster versenkt. **hjm**

Potsdam: Gedenkort mit beschränkter Erinnerung?

Lindenstraße diente NS-Justiz als Heimstatt

Mitten im Potsdamer Stadtzentrum befindet sich ein wirklich bemerkenswerter Ort.

Die Lindenstraße 54 war Tagungsort der ersten Potsdamer Stadtverordnetenversammlung, in der die Männer noch unter sich waren. Später diente der Ort als preußisches Kriminalgefängnis. Während der Naziherrschaft verurteilte hier das NS-Erbgesundheitsgericht aus sozial-rassistischen Gründen überwiegend Frauen zur Zwangssterilisierung. Außerdem wurden hier Häftlinge eingesperrt, an denen der zunächst zeitweilig und nach der Bombardierung seines Hauptsitzes in Berlin vollständig in Potsdam angesiedelte Volksgerichtshof seine Justizverbrechen verübte. Und natürlich diente die Lindenstraße 54 auch der »ganz normalen« NS-Justiz als Heimstatt. Nach 1945 nutzte die sowjetische Besatzungsmacht den Gefängniskomplex. Hier waren unter unsäglichen hygienischen Bedingungen tatsächliche und vermeintliche NS-Funktionäre und Kriegsverbrecher eingesperrt. Im Jahre 1952 übernahm die Stasi die Lindenstraße 54 als Untersuchungsgefängnis. Ab 1989/90 nutzten die neuen politischen Gruppierungen das Gebäude als »Haus der Demokratie« und richteten ihre ersten Büros dort ein.

Kein gemeinsamer Gedenkort für Opfer und Täter

Gerade die komplexe Geschichte der Lindenstraße 54 bietet einmalige Möglichkeiten zum Erkennen komplexer geschichtlicher Zusammenhänge. Wer diese Chancen nutzen will, kann aber nicht wesensfremde Systeme in bemühte Gemeinsamkeiten pressen, in gleichberechtigte Module zerlegen und deren Übergänge und Reibungspunkte verschweigen. In der Lindenstraße 54 ließe sich sehr gut erklären, dass und warum die DDR im Gegensatz zum NS-Staat keine Menschen zu Zwangssterilisierung verurteilte, dass die Sowjetunion nach 1945 überwiegend NS-Täter/innen verfolgte und dass das MfS zwar ein mit außerordentlichen Befugnissen ausgestatteter, aber eben keineswegs der einzige deutsche Geheimdienst war. All dies erfährt eine Schulklasse bis heute nicht, wenn sie die Gedenkstätte in der Lindenstraße 54 besucht.

Die VVN-BdA Potsdam hat in den vergangenen Jahren wiederholt auf die Lücken in der Potsdamer Gedenkpolitik hingewiesen und diese teilweise durch eigene Veranstaltungen ergänzt. So hat sie Gedenk- und Informationsveranstaltungen zur Erinnerung an die erste Tagung des NS-Erbgesundheitsgerichtes Potsdam am 10. März 1934 durchgeführt. Im September und Oktober 2011 plant sie in der Gedenkstätte Veranstaltungen zum 65. Jahrestag der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse und zu Werner Seelenbinder, der in Potsdam durch den Volksgerichtshof zum Tode verurteilt wurde. Außerdem wurde eine Spendensammlung gestartet, um endlich auch einen würdigen Erinnerungs- und Gedenkort für die Opfer des deutschen Faschismus vor dem Gebäude in der Lindenstraße 54 schaffen zu können. Die Plastik im Hof des Gebäudes heißt letztlich nur noch »Das Opfer«. Sie soll in ihrer Allgemeinheit und Beliebigkeit jedem Kranzabwurf zugänglich sein. Inzwischen gedenken dort Politiker/innen am 27.01. an die Opfergruppen, denen in der Gedenkstätte weder ein Ausstellungsteil noch ein geeigneter Gedenkort gewidmet ist.

Wer der Auffassung ist, dass den NS-Opfern kein Gedenkort zuzumuten ist, der auch für NS-Täter genutzt werden kann, kann das Anliegen der VVN-BdA mit einer Spende unter dem Stichwort: »Gedenkort Lindenstraße« unterstützen. Wir können weder auf Millionenerben von Generalswitwen noch auf öffentliche Mittel von Stadt und Land hoffen und wir wollen den vielleicht spannendsten Ort der Potsdamer Stadtgeschichte dennoch nicht allein denen überlassen, deren geschichtliches Erinnerungsvermögen nur bis 1945 zurückreicht.

Lutz Boede

3. Antifaschistisches Filmwochenende

»Was mit Unku geschah«
Die Verfolgungsgeschichte der Sinti und Roma

20. bis 22. Mai im THALIA Programmkino R.-Breitscheid-Str. 50, Potsdam-Babelsberg

Das THALIA Programmkino und die VVN-BdA Brandenburg lädt anlässlich des 66. Jahres der Befreiung zu Filmen, Podiumsdiskussionen und Zeitzeugengesprächen ein, die sich mit der nationalsozialistischen Verfolgung gestern und der Diskriminierung von Sinti und Roma heute auseinandersetzen.

Gedenkfeier am ehemaligen Todeslager Klinkerwerk

Überlebender mahnt Gelder an



Bei einer Gedenkfeier am Ort des Todeslagers Klinkerwerk am 18. April hat Georges Durou, Überlebender des Außenlagers, die Freigabe ausstehender Landesmittel für den geplanten Gedenkort angemahnt.

Das Land Brandenburg hat dafür bisher 300 000 Euro bereitgestellt. Nicht nur die Überlebenden und die VVN-BdA Brandenburg kritisieren, dass aus dem »Geschichtspark« Klinkerwerk, der seit über einem Jahrzehnt eingefordert wird, nun lediglich ein »Gedenkort« werden soll. Wir begrüßen einerseits sehr, dass das Land nun aktiv wird und für dieses Jahr Geld zum Aufbau weiterer Gedenkstelen zu Verfügung stellt. Andererseits fordern wir aber die Landesregierung und die Stadt Oranienburg auf, zum Konzept des »Geschichtsparkes« zurückzukehren. Die verbrecherischen Dimensionen des Todeslagers Klinkerwerk müssen auch räumlich sichtbar gemacht werden. Das Land hat sich zur Umsetzung des »Geschichtsparkes« in der Vergangenheit mehrfach öffentlich verpflichtet.

Redaktion: Landesvorstand
VVN-BdA Land Brandenburg
Jägerstr. 36, 14467 Potsdam,
Tel.: (01 51) 53 62 44 40
Fax: (03 31) 2 80 58 81
E-Mail: brandenburg@vvn-bda.de
www.brandenburg.vvn-bda.de
Unser Spendenkonto: GLS Bank,
BLZ 430 609 67, Konto 1102 861 500